

UNIVERSITÄT GREIFSWALD

LEHRSTUHL FÜR POLITISCHE THEORIE UND IDEENGESCHICHTE  
INSTITUT FÜR POLITIKWISSENSCHAFT



DEMOKRATIE  
POLITIK  
DEMOKRATIE

BENJAMIN BARKOW

**DIE BERICHTERSTATTUNG ÜBER  
DIE NPD IN DER REGIONALEN  
PRESSE MECKLENBURG-  
VORPOMMERNS**

**DEMOKRATIEPOLITIK -**

POLITIKWISSENSCHAFTLICHE  
ARBEITSPAPIERE AUS DEM  
ARBEITSBEREICH POLITISCHE THEORIE  
UND IDEENGESCHICHTE

**HEFT 3**

ISBN 3-86006-283-2  
ISSN 1862-3220

**GREIFSWALD 2007**



BENJAMIN BARKOW

**DIE BERICHTERSTATTUNG ÜBER DIE NPD IN DER  
REGIONALEN PRESSE MECKLENBURG-VORPOMMERNS**

**DEMOKRATIEPOLITIK -**

POLITIKWISSENSCHAFTLICHE ARBEITSPAPIERE AUS DEM  
ARBEITSBEREICH POLITISCHE THEORIE UND IDEENGESCHICHTE

**HEFT 3**

**GREIFSWALD 2007**

## **IMPRESSUM**

---

### **TITELANGABE**

Benjamin Barkow 2007: „Die Berichterstattung über die NPD in der regionalen Presse Mecklenburg-Vorpommerns“ (DemokratiePolitik – Politikwissenschaftliche Arbeitspapiere aus dem Arbeitsbereich Politische Theorie und Ideengeschichte; Heft 3). Greifswald: Lehrstuhl für Politische Theorie und Ideengeschichte, Universität Greifswald.

**ISBN** 3-86006-283-2

**ISSN** 1862-3220

### **HERAUSGEBER**

Prof. Dr. Hubertus Buchstein  
Lehrstuhl für Politische Theorie und Ideengeschichte  
Institut für Politikwissenschaft  
Universität Greifswald

### **REDAKTION**

Benjamin Fischer  
Katharina Beier  
Jan Schulze

### **BEZUGSMÖGLICHKEIT**

Universität Greifswald  
Institut für Politikwissenschaft  
Baderstr. 6/7  
17487 Greifswald  
Tel. +49(0)3834 86-3150  
Fax +49(0)3834 86-3153  
E-mail [powi@uni-greifswald.de](mailto:powi@uni-greifswald.de)

### **DRUCK**

CP-BÜROAUSSTATTER GREIFSWALD

© UNIVERSITÄT GREIFSWALD, INSTITUT FÜR POLITIKWISSENSCHAFT, LEHRSTUHL  
FÜR POLITISCHE THEORIE UND IDEENGESCHICHTE

## VORWORT

Viel ist im letzten Jahr im Zusammenhang mit dem Einzug der NPD in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern davon geschrieben und gesprochen worden, dass die Medien im Umgang mit dem Rechtsextremismus eine besondere Verantwortung haben. Vielfach – so der Vorwurf – erfolge die politische Kommunikation über Rechtsextremismus nach dem schlichten Muster der Skandalisierung. Über das Thema Rechtsextremismus würden die Medien vor allem dann berichten, wenn es skandalträchtige Vorfälle – seien es rechtsextremistische Mord- und andere Gewalttaten oder ein hohes Wahlergebnis für eine rechtsextremistische Partei – gegeben hat.

Nun ist dieser Logik der Skandalisierung unter den Bedingungen moderner massenmedialer Kommunikation häufig nur schwerlich zu entkommen; gerade deshalb ist es angebracht, sich die sicher nicht beabsichtigten Nebenfolgen dieser Logik vor Augen zu halten: Das Thema Rechtsextremismus setzt die medialen Berichterstatter einem gewissen Zwang aus, seine Anhänger nicht nur als besonders martialisch und gefährlich, sondern auch als stark und politisch erfolgreich darzustellen. Denn ohne ein solches Bild des Rechtsextremismus kann die Skandalisierung nicht funktionieren. Der NPD kommt diese Art der Berichterstattung nicht ungelegen. Zwar wird die NPD in ihren eigenen Publikationen nicht müde, sich als Märtyrer zu beschreiben, gegen den sich alle Medien verschworen hätten. Andererseits wird vor allem die in der Berichterstattung ausgesprochene Warnung, dass die NPD mittlerweile so erfolgreich geworden sei, dass sie in einigen Regionen Deutschlands sogar in der Mitte der Gesellschaft ihren Rückhalt finde, in der NPD-Parteipresse und ihrer Propaganda im Internet regelmäßig als Eingeständnis der demokratischen Kräfte interpretiert und entsprechend behauptet, dass die Agitation der NPD bei den Bürgern auf günstigen Boden falle.

Bestimmte Formen der Medienberichterstattung über die NPD an dem einen Pol und die Berichterstattung der NPD über ihre eigene Arbeit an dem anderen Pol des massenmedialen politischen Kommunikationsprozesses können auf diese Weise einen gegenseitigen Verstärkungseffekt in Gang setzen, der die Beantwortung der Frage, wie in einer Demokratie verantwortungsvoll über die Aktivitäten ihrer extremistischen Gegner berichtet werden soll, nicht gerade leichter macht. Verantwortungsvoll heißt in diesem Zusammenhang, dass die Berichterstattung nach den rechtlichen und kulturellen Regeln einer offenen, pluralistischen Demokratie erfolgt und nicht als ‚Manipulation zu Gunsten der Bürger‘ verstanden wird. Wie diese Verantwortung unter den sehr spezifischen Bedingungen der Printmedienlandschaft in unserem Bundesland am besten wahrge-

nommen werden soll, ist spätestens seit dem Einzug der NPD in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern ein viel diskutiertes Thema in den Zeitungsredaktionen des Landes.

Die nachfolgende Analyse von Benjamin Barkow beansprucht natürlich nicht, diese normative Frage stellvertretend für die hiesigen Journalistinnen und Journalisten zu beantworten. Stattdessen stellt sie eine Vorfrage: Welche Strategien des journalistischen Umgangs mit dem Rechtsextremismus hat es im Land bisher gegeben? Um diese Frage wenigstens ausschnittsweise zu beantworten, hat Barkow exemplarisch zwei Regionalzeitungen des Landes mit jeweils einem zugehörigen Lokalteil durchgehend analysiert: die Anklamer Ausgabe des Nordkurier und die Stralsunder Ausgabe der Ostsee-Zeitung. Der Untersuchungszeitraum beginnt am 1. Mai 2004 und endet am 31. Dezember 2005 und deckt damit die ersten eineinhalb Jahre der Zugehörigkeit der NPD zu den Kommunalparlamenten in diesen beiden Regionen sowie den letzten Monat des Kommunalwahlkampfes ab.

Barkows Untersuchung gelangt zu einigen interessanten Befunden. Denn die Berichterstattung der beiden Zeitungen über die rechtsextreme NPD unterscheidet sich tatsächlich, d.h. es besteht offensichtlich ein von Zeitungsredaktionen wahrnehmbarer Handlungsspielraum. Die Unterschiede bestehen im Kern darin, dass die Ostsee-Zeitung eine – wie Barkow es nennt – ‚offensivere‘ Strategie verfolgt, indem sie Artikel zum Thema an zentraler Stelle platziert, Originalzitate der Rechtsextremen dokumentiert und in den Artikeln selbst dann auch eindeutig wertende Formulierungen verwendet. Demgegenüber berichtete der Nordkurier sehr viel zurückhaltender – und zwar so zurückhaltend, dass vielfach die Werte, Ziele und Argumentationsmuster der in Anklam vergleichsweise kommunalpolitisch aktiven NPD in der Berichterstattung unklar blieben. Stattdessen lag der Schwerpunkt des Nordkurier stärker beim Thema Aktivitäten gegen Rechtsextremismus.

Barkow geht es nicht darum, die eine Zeitung zu loben oder die andere zu kritisieren, sondern er will zunächst einmal nur aufzeigen, dass es bei den beiden exemplarisch untersuchten Zeitungen zumindest während des Untersuchungszeitraums unterschiedliche Strategien in der Berichterstattung über die NPD gegeben hat. Inwieweit sich vergleichbare Befunde zur journalistischen Praxis auch bei Analysen anderer regionaler Printmedien in Mecklenburg-Vorpommern oder der Radio- und Fernsehberichterstattung finden lassen, ist eine ebenso offene Frage, wie die, welche Wirkungen die beiden Berichterstattungsstrategien bei den Lesern der beiden Zeitungen erzeugen. Weiterhin stellt sich die Frage, ob sich solche oder andere Unterschiede auch noch für die Phase des Landtags-

wahlkampfes und für den Zeitraum seit dem Einzug der NPD in den Landtag finden lassen.

Um diese Fragen zu beantworten, bedürfte es gründlicher und methodisch in vielerlei Hinsicht komplexer angelegter kommunikationswissenschaftlicher Studien, die dann vielleicht auch einen Beitrag zu der Frage leisten können, wie in den Massenmedien einer Demokratie verantwortungsvoll über ihre extremistischen Feinde berichtet werden kann.

Hubertus Buchstein, Greifswald, Januar 2007

# DIE BERICHTERSTATTUNG ÜBER DIE NPD IN KOMMUNALPARLAMENTEN

---

BENJAMIN BARKOW

## DIE BERICHTERSTATTUNG ÜBER DIE NPD IN DER REGIONALEN PRESSE MECKLENBURG-VORPOMMERNS

<i>Vorwort</i>	5
<b>1. Einleitung</b>	<b>9</b>
<b>2. Die Anklamer Ausgabe des Nordkurier</b>	<b>12</b>
<b>2.1 Die Berichterstattung über die NPD insgesamt</b>	<b>12</b>
2.1.1 Örtliche Bezüge	12
2.1.2 Darstellungsformate	14
2.1.3 Positionierung der Artikel in der Zeitung	15
2.1.4 Themenkomplexe	16
<b>2.2 Die Berichterstattung über die NPD in der Stadtvertretung Anklams und im Kreistag Ostvorpommerns</b>	<b>18</b>
2.2.1 Ereignisse und Themen	18
2.2.2 Zwischenfazit zur Berichterstattung über die NPD in der Stadtvertretung Anklams und im Kreistag Ostvorpommerns	22
<b>3. Die Stralsunder Ausgabe der Ostsee-Zeitung</b>	<b>23</b>
<b>3.1 Die Berichterstattung über die NPD insgesamt</b>	<b>24</b>
3.1.1 Örtliche Bezüge	24
3.1.2 Darstellungsformate	26
3.1.3 Positionierung der Artikel in der Zeitung	27
3.1.4 Themenkomplexe	29
<b>3.2 Die Berichterstattung über die NPD in der Stralsunder Bürgerschaft</b>	<b>30</b>
3.2.1 Ereignisse und Themen	30
3.2.2 Zwischenfazit zur Berichterstattung über die NPD in der Bürgerschaft Stralsunds	33
<b>4. Vergleich der Berichterstattung von Nordkurier und Ostsee-Zeitung</b>	<b>35</b>
<b>4.1 Die Berichterstattung über die NPD insgesamt</b>	<b>35</b>
<b>4.2 Die Berichterstattung über die NPD in den Kommunalparlamenten</b>	<b>37</b>
<b>4.3 Strategien der Berichterstattung über die NPD</b>	<b>39</b>
<b>5. Diskussion der Ergebnisse</b>	<b>40</b>
<b>Literatur- und Quellenverzeichnis</b>	<b>48</b>
<b>Literatur</b>	<b>48</b>
<b>Internetquellen</b>	<b>49</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis</b>	<b>49</b>
<b>Autor</b>	<b>51</b>



## 1. EINLEITUNG

Bereits seit mehr als zwei Jahren, seit der Kommunalwahl am 13. Juni 2004, hat die NPD insgesamt zehn Sitze in sieben Kommunalparlamenten Mecklenburg-Vorpommerns inne.<sup>1</sup> Mit je zwei Abgeordneten ist sie in der Bürgerschaft von Stralsund, dem Kreistag von Ostvorpommern, dem Kreistag von Ludwigslust und mit je einem Sitz im Kreistag Müritzhagen, im Gemeinderat Teldau und den Stadtvertretungen von Anklam und Ludwigslust vertreten. Bislang nicht wissenschaftlich untersucht sind die mediale Wahrnehmung und der Umgang der regionalen Zeitungen mit der rechtsextremen NPD in den Kommunalparlamenten.

Anlass für eine detaillierte Analyse der Berichterstattung in den Printmedien des Nordostens der Republik bietet vor allem das Zusammentreffen zweier Faktoren: Zum einen nimmt Mecklenburg-Vorpommern in Bezug auf das Phänomen Rechtsextremismus eine exponierte Stellung ein, zum anderen besitzen gerade hier die regionalen Tageszeitungen aufgrund der Beschaffenheit der Medienlandschaft eine zentrale Mittlerrolle zwischen Politik und Gesellschaft. Dass in diesem Bundesland gut organisierte neonazistische und antidemokratische Strukturen bestehen, die zunehmend kulturell und sozial prägend wirken und immer offensiver politisch in Erscheinung treten, war bereits vor dem Einzug der NPD in den Schweriner Landtag nach der Wahl am 17. September 2006 bekannt. Schon vor der letzten Landtagswahl, bei der die NPD insgesamt 7,3 Prozent der Zweitstimmen<sup>2</sup> in Mecklenburg-Vorpommern und in der ostvorpommerschen Gemeinde Postlow sogar 38,7 Prozent<sup>3</sup> erhielt, konnten die Rechtsextremen im September 2005 bei der Bundestagswahl in einigen Gemeinden bis zu 16,8 Prozent der Stimmen auf sich vereinen.<sup>4</sup>

Dabei erscheinen im dünnbesiedelten Landesgebiet nur drei regionale Tageszeitungen: die „Schweriner Volkszeitung“ im Südwesten, die „Ostsee-Zeitung“ im Norden und der „Nordkurier“ im Osten.<sup>5</sup> Mit Berücksichtigung von Kriterien wie Aktualität, Regelmäßigkeit und inhaltliche Breite bestehen in lokalen oder regionalen Radio- und TV-Sender oder Internetangeboten keine gleich-

<sup>1</sup> Für Hinweise und Unterstützung bei der redaktionellen Überarbeitung des Textes danke ich Katharina Beier. Jan Schulze gebührt Dank für die Arbeit am Layout.

<sup>2</sup> Am 22.09.2006 unter: [http://www.statistik-mv.de/index\\_lwahl.htm?/pages/txt\\_wahlen\\_2006.htm](http://www.statistik-mv.de/index_lwahl.htm?/pages/txt_wahlen_2006.htm).

<sup>3</sup> Diese Angabe konnte 22.09.2006 gefunden werden unter: javascript:ViewWahlen ('vorläufiges Ergebnis ohne Briefwahl in amtsangehörigen Gemeinden', 'Gemeinde', 'Landtagswahl', 'vor', '2006');

<sup>4</sup> Diese Prozentzahl bezieht sich auf den Zweitstimmenanteil der NPD in der Gemeinde Bargischow im Landkreis Ostvorpommern. Vgl. Ostsee-Zeitung am 22.09.2005.

<sup>5</sup> Es existieren nur zwei Überschneidungen im Verbreitungsgebiet dieser drei Tageszeitungen: im Raum Rostock und auf Usedom (inklusive angrenzender Teile Ostvorpommerns). Im äußersten Nordwesten ist zudem eine Ausgabe der Lübecker Nachrichten erhältlich. Vgl. Werz 2006: 61.

rangigen Alternativen zur Tageszeitung.<sup>6</sup> Unterstellt man zudem, dass in Mecklenburg-Vorpommern das Interesse am Lokalressort und die Glaubwürdigkeit der Zeitung so hoch ist wie allgemein üblich, dann nimmt die Regionalpresse einen zentralen Platz bei der Informationsbeschaffung und Meinungsbildung großer Teile der Bevölkerung ein.<sup>7</sup> Insbesondere hier bilden die Zeitungen einen wesentlichen Schnittpunkt zwischen Wählern und Parteien; sie sind somit essentiell für die politische Kommunikation in einer demokratisch-pluralistischen Grundordnung.

In dieser Studie werden zwei täglich publizierte Regionalzeitungen bezüglich ihrer Berichterstattung über die rechtsextreme Partei analysiert. Die erste Tageszeitung ist die Anklamer Ausgabe des Nordkurier. Sie erscheint in Ostvorpommern und Anklam, wo die NPD bei der Kommunalwahl 2004 einen Stimmanteil von 4,2 und 8,0 Prozent erreichte und insgesamt vier Mandate erhielt.<sup>8</sup> In die Stralsunder Stadtvertretung, die Bürgerschaft, wurden durch 4,1 Prozent der Wählervoten zwei Abgeordnete der rechtsextremen Partei gewählt.<sup>9</sup> Daher bildet die Stralsunder Ausgabe der Ostsee-Zeitung den zweiten Ausgangspunkt der Untersuchung.

Nicht nur der Nordkurier mit Hauptsitz in Neubrandenburg, sondern auch die Ostsee-Zeitung mit Hauptsitz in Rostock behält dabei den sogenannten „Mantel“, also den ersten Teil der Zeitung mit der Berichterstattung über internationale und nationale Themen, für alle 13 bzw. zehn Ausgaben bei und variiert lediglich die jeweiligen lokalen Seiten, die optisch und technisch klar getrennt den zweiten Teil der Zeitungsseiten bestreiten. Für die Berichterstattung in den kommunalen Parlamenten sind die Lokalredaktionen zuständig. Natürlich bilden nur Mantel und Lokalseiten zusammen eine vollständige Zeitung – aus diesem Grund werden beide Ausgaben in ihrer Gesamtheit analysiert.

Mit einer verbreiteten Gesamtauflage von insgesamt etwa 164.000 Tageszeitungen und einer Reichweite von über 410.000 Lesern ist die Ostsee-Zeitung die größte Zeitung im nordöstlichsten Bundesland.<sup>10</sup> Der Nordkurier hingegen ist deutlich kleiner und nimmt mit einer verbreiteten Auflage von etwa 100.300 Exemplaren und etwa 250.000 täglichen Lesern nach der Schweriner Volkszeitung

---

<sup>6</sup> Vgl. Kapitel 5.

<sup>7</sup> Unter allen Rubriken der Tageszeitung erfreut sich der Lokalteil dem größten Interesse beim Leser. Vgl. Schaffrath 2000: 449; Schneider/Rauhe 2003: 241. Die Glaubwürdigkeit der Tagespresse liegt nach einigen Umfragen über der anderer Informationsquellen. Vgl. Rudzio 2003: 491.

<sup>8</sup> Vgl. Beier u.a. 2005: 48, 69. Aufgrund eines zu wenig aufgestellten Kandidaten blieb in Anklam ein Mandat für die NPD unbesetzt.

<sup>9</sup> Vgl. Ostsee-Zeitung am 14.06.2004.

<sup>10</sup> Die Angaben zur Gesamtauflagenhöhe im zweiten Quartal 2006 waren am 22.09.2006 zu finden unter: <http://daten.ivw.eu/index.php?menuid=1&u=&p=&detail=true>, Titel-Nr.: 2115.

den dritten Platz der in Mecklenburg-Vorpommern erscheinenden Regionalzeitungen ein.<sup>11</sup>

Die vorliegende Untersuchung deckt den Zeitraum zwischen dem 1. Mai 2004 und dem 31. Dezember 2005, und damit die ersten eineinhalb Jahre der kommunalen Mitbeteiligung der NPD inklusive des letzten (Wahlkampf-)Monats vor der Kommunalwahl ab. Vier Fragen wurden dieser Analyse zugrunde gelegt:

- Wie gestaltete sich die Berichterstattung über die NPD insgesamt?
- Wie wurde über die Abgeordneten der rechtsextremen NPD in den jeweiligen Kommunalparlamenten berichtet?
- Welche Strategien des journalistischen Umgangs mit der NPD sind für den untersuchten Zeitraum erkennbar?
- Was ergibt sich aus diesen Befunden?

Es wurden insgesamt 540 Zeitungsartikel unter qualitativen und quantitativen Gesichtspunkten analysiert. Zuvor waren diese Artikel unter dem Stichwort „NPD“ zusammengetragen worden – im Fall der Anklamer Ausgabe des Nordkurier manuell im Landesarchiv Greifswald und im Fall der Stralsunder Ausgabe der Ostsee-Zeitung mithilfe des umfangreichen und kostenfreien Online-Archivs der Tageszeitung. Eingang in die Datenbank fanden ausnahmslos alle Beiträge, die einen klaren, wenn auch unterschiedlich stark ausgeprägten Bezug zur NPD aufwiesen.<sup>12</sup>

Die Analysen sind jeweils zweigeteilt: Zuerst wird die Anklamer Ausgabe des Nordkurier (2) und anschließend die Stralsunder Ausgabe der Ostsee-Zeitung (3) betrachtet. Um die Berichterstattung über die NPD in den Kommunalparlamenten in ein Gesamtbild des publizistischen und journalistischen Umgangs einfügen zu können, wird anfangs die Berichterstattung über die NPD insgesamt und im Folgenden nur die Darstellung der rechtsextremen Partei in den entsprechenden kommunalen Parlamenten untersucht. Diese parallele Darstellungsweise soll die Vergleichbarkeit im vierten Teil – der Berichterstattung beider Tageszeitungen über die NPD insgesamt, der Berichterstattung über die NPD in den Kommunalparlamenten sowie der printmedialen Strategien gegenüber der Partei – ermöglichen (4). Im letzten und abschließenden Abschnitt werden dann

<sup>11</sup> Diese Gesamtauflagenhöhe im zweiten Quartal 2006 war am 22.09.2006 zu finden unter: <http://daten.ivw.eu/index.php?menuid=1&u=&p=&detail=true>, Titel-Nr. 1796.

<sup>12</sup> Wenn also in einem Interview mit einem Bürgermeister oder Wissenschaftler am Rande Äußerungen zur NPD fielen, wurde dieser Beitrag ebenso aufgenommen wie eine lange Reportage über die sächsische NPD in Königsstein. Wurde hingegen über anti-rassistische und gegen Fremdenfeindlichkeit gerichtete Projekte informiert, ohne einen erkennbaren Bezug zur rechtsextremen Partei herzustellen, wurde dieser Artikel nicht gelistet.

die zentralen Befunde dieser Studie diskutiert und mit anderen Forschungsergebnissen verglichen (5).

### 2. DIE ANKLAMER AUSGABE DES NORDKURIER

Zusammen erreicht die bis auf den Titel übereinstimmende Ausgabe des Nordkurier für die Hansestadt Anklam, Ostvorpommern und die Insel Usedom nach Verlagsangaben etwa 23.000 Leser bei einer Auflagenhöhe von 10.000 Zeitungen am Tag.<sup>13</sup> Der Landkreis Ostvorpommern ist sehr dünn besiedelt; nur etwa 112.000 Einwohner leben hier – Tendenz fallend. In Anklam, der ostvorpommernschen Kreisstadt mit etwa 15.000 Einwohnern, ist die Erwerbslosenquote ebenso wie in ganz Ostvorpommern mit deutlich über 24 Prozent höher als im Landesschnitt.<sup>14</sup>

#### 2.1 Die Berichterstattung über die NPD insgesamt

##### 2.1.1 Örtliche Bezüge

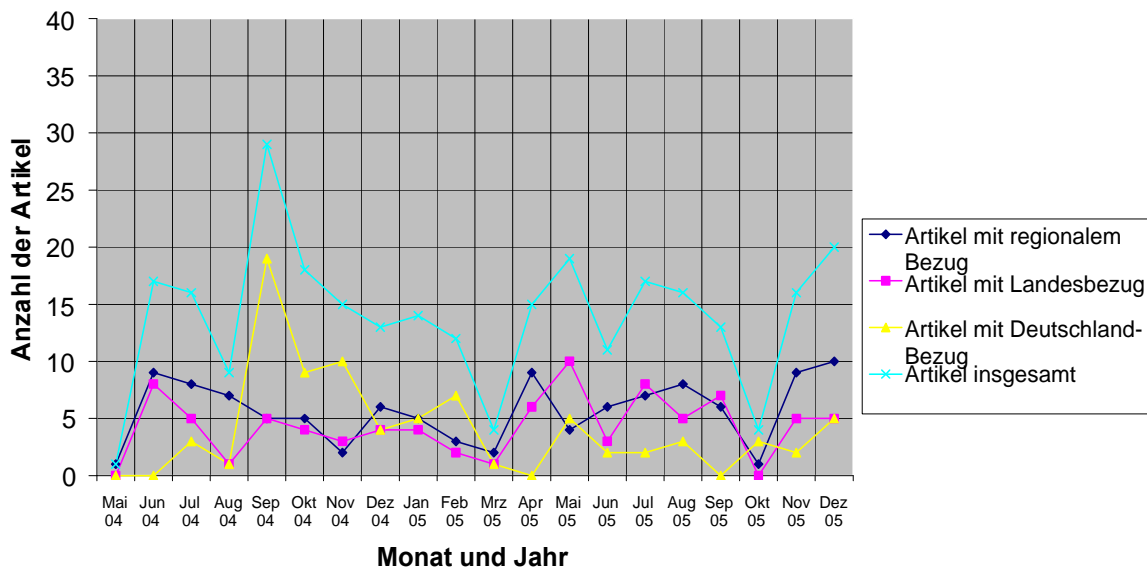
In diesem ersten Teil der Analyse der Gesamtausgabe des Nordkurier für Anklam wird zunächst damit begonnen, quantifizierbare Daten darzustellen und zu erläutern – einerseits um ein möglichst vollständiges Gesamtbild hinsichtlich des allgemeinen Umgangs mit der rechtsextremen Partei zu zeichnen, andererseits um die Berichterstattung über das kommunalpolitische Agieren der NPD in der Anklamer Stadtvertretung und im Kreistag Ostvorpommerns in einen größeren Kontext des publizistischen Umgangs setzen zu können. Die beiden Tageszeitungen werden unter folgenden Aspekten analysiert: Darstellungsformate, ihre Positionierung in der Tageszeitung und erkennbare thematische Fokussierungen. Begonnen wird mit einer Darstellung der Ortsbezüge, um die räumlichen Schwerpunkte der Berichterstattung zu bestimmen.

Ordnet man sämtliche 273 Artikel der Nordkurier-Ausgabe für Anklam, die im Mantel und den Lokalteilen für den Untersuchungszeitraum 1. Mai 2004 bis 31. Dezember 2005 ermittelt wurden, nach einem regionalen, landesweiten und bundesweiten örtlichen Bezug, so ergibt sich nachstehende Verteilung:

---

<sup>13</sup> Diese Zahlen fanden sich am 24.02.2006 unter: [http://www.nordkurier.de/preisliste-nk/preisliste-nk.pdf?NK\\_SID=31b23a431ec30b82b72b0b7ca826684b](http://www.nordkurier.de/preisliste-nk/preisliste-nk.pdf?NK_SID=31b23a431ec30b82b72b0b7ca826684b).

<sup>14</sup> Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern am 24.02.2006 unter: <http://www.statistik-mv.de/doku/wahlen/Ostvorpommern.pdf>.

**Nordkurier Anklamer Ausgabe: Örtliche Bezüge**

**Abbildung 1:** Anklam, das umgebende Ostvorpommern und Usedom gelten wegen übereinstimmender Ausgaben als regionale Bezüge. Alles darüber hinaus zählt zu landes- oder bundesweiten Bezügen.

Aus dieser Grafik geht hervor, dass sowohl die Gesamtzahl der Artikel pro Monat als auch die einzelnen Zahlen der Ortsbezüge im Laufe der untersuchten 20 Monate sehr stark variieren. So fanden sich im September 2004 insgesamt 29 Beiträge zum Thema NPD und Rechtsextremismus, dagegen im März und Oktober des Folgejahres im Ganzen nur vier publizierte Zeitungsartikel. Am zahlreichsten waren während des Untersuchungszeitraumes mit insgesamt 113 Artikeln Beiträge mit Regionalbezug vertreten, dann folgten etwa gleichauf 86 auf Mecklenburg-Vorpommern und 80 auf Deutschland bezogene Beiträge. Vergleichsweise viele Artikel erschienen im Herbst 2004 zu den Landtagswahlen im Saarland, Brandenburg und Sachsen – ohne diese wäre die stark regionale und landesweite Ausrichtung der Anklamer Zeitung noch offensichtlicher. Erstaunlicherweise wurden im September und Oktober 2005 – den Monaten um die Bundestagswahl herum – vergleichsweise wenige Beiträge zum Thema veröffentlicht. Im Gegensatz dazu fand die Kommunalwahl im Sommer 2004 große Resonanz.

Insgesamt stammten etwas weniger als zwei Drittel aller veröffentlichten Zeitungsartikel von hauseigenen Redakteuren und freien Journalisten, der Rest von Nachrichtenagenturen.<sup>15</sup> Etwa zwei von drei Beiträgen, die einen Bezug zu

<sup>15</sup> Für die Anklamer Ausgabe des Nordkurier können insgesamt 40 verschiedene Redakteure und Journalisten ausgemacht werden, die sich mehr oder weniger intensiv mit der NPD und Rechtsextremismus be-

Mecklenburg-Vorpommern und Deutschland haben, wurden von Nachrichtenagenturen übernommen.<sup>16</sup> Besonders bei Landtagsdebatten, Berichten des Innenministeriums und Ereignissen von überregionaler Wichtigkeit wie der „Aktionswoche Demokratie und Toleranz“ wurde auf Meldungen der Nachrichtenagenturen verzichtet. Ausgesprochen wenige Nachrichten mit einer regionalen Bezugnahme – dann meist Berichte über Straftaten – stammten von Nachrichtenagenturen.

### 2.1.2 Darstellungsformate

Um feststellen zu können, in welcher Art – dem Inhalt und der Form nach – über die NPD direkt oder weniger direkt berichtet wurde, wurden alle 273 Datenbankeinträge der gesamten Anklamer Ausgabe des Nordkurier fünf Darstellungsformaten<sup>17</sup> zugeordnet: Nachricht, Interview, Reportage, Kommentar und Porträt.<sup>18</sup> Bezogen auf den Analysezeitraum ergibt sich die nachstehende Relation:

Darstellungsformat	Nachricht	Interview	Reportage	Kommentar	Porträt
Anzahl	<b>198</b>	<b>11</b>	<b>38</b>	<b>25</b>	<b>1</b>

Tabelle 1: Nachrichten umfassen sowohl einspaltige Meldungen als auch mehrspaltige Berichte, zudem steht dabei eine sachliche Informationsvermittlung im Mittelpunkt. Reportagen hingegen sind anschaulicher und berichten ebenso sachlich wie mehrperspektivisch. Zu Kommentaren zählen alle wertenden und meinungsorientierten Artikel.

Die Tabelle zeigt einen deutlichen Vorsprung der Meldungen und Berichte in der Rubrik Nachrichten. Sie sind bei weitem häufiger erschienen als Reportagen oder Kommentare im Zeitraum Mai 2004 bis Dezember 2005. Meinungen in Form von Kommentaren wurden in geringerer Zahl als Reportagen, die anschaulich und informativ, aber weniger wertend Sachverhalte vermitteln, publiziert. In Form

---

schäftigten. Der überwiegende Teil der Beiträge stammt von einer zehnköpfigen Kerngruppe. Bestimmte Ressorts in Mantel- oder Lokalteil sind dabei einem begrenzten Autorenkreis zuzuordnen.

<sup>16</sup> Bei weitem am zahlreichsten waren Meldungen der „Deutschen Presse Agentur“ (dpa), mit großem Abstand die des „Deutschen Depeschendienstes“ (ddp) und der „Agence France-Press“ (AFP) zu finden. Nur zwei Meldungen wurden vom „Evangelischen Pressedienst“ (epd) übernommen.

<sup>17</sup> In dieser Arbeit wird die Bezeichnung „Darstellungsformat“ durchgehend verwendet. Daneben existieren andere, synonym benutzte Termini: Darstellungsformen, Gattung, Genre u.a. Vgl. Strohmeier 2004: 128, und Jarren/Donges 2002b: 192f.

<sup>18</sup> Vgl. zu dieser Klassifikation Schneider/Raue 2003: 66-67, 79-84, 114-157. Satire und Feature wurden nicht als separate Darstellungsformate aufgenommen.

von Reportagen wurde besonders über Initiativen gegen Rechtsextremismus und Meinungen vor Ort, z.B. nach Wahlen, berichtet.

Elf mal fanden sich in Interviews Äußerungen zum Thema Rechtsextremismus und der NPD bzw. wurden speziell zu diesem Thema Interviews geführt. Gesprächspartner waren dabei vor allem (Lokal-)Politiker, Polizeisprecher sowie Vertreter von Bürgerinitiativen, nicht aber Abgeordnete der NPD selbst. Nur ein Porträt, bei dem eine konkrete Person im Fokus steht, wurde in den untersuchten 20 Monaten im Juni 2004 gedruckt: ein Kurzporträt Michael Andrejewskis, dem einzigen Mandatsträger der rechtsextremen Partei im Anklamer Stadtparlament und zugleich einem von zwei NPD-Abgeordneten im Kreistag Ostvorpommerns.

### 2.1.3 Positionierung der Artikel in der Zeitung

Bislang wurde deutlich, dass der Nordkurier für die Hansestadt Anklam und Ostvorpommern stark regional-orientiert berichtete und Artikel über die NPD vorwiegend in Form von sachlichen, meist kurzen Nachrichten erschienen. In welchen Teilen der Zeitung sich Beiträge mit Bezügen zur NPD befanden, zeigt sich in diesem Abschnitt. In nachstehender Reihenfolge ist die Anklamer Ausgabe des Nordkurier untergliedert: Titelblatt, Meinung und Nachricht, Blickpunkte und Mecklenburg-Vorpommern im Mantel, sodann der spezielle Lokalteil mit der ersten Seite und den Teilen für Anklam und Ostvorpommern. Folgendermaßen verteilen sich alle gelisteten, in der gesamten Zeitung aufgefundenen Artikel:

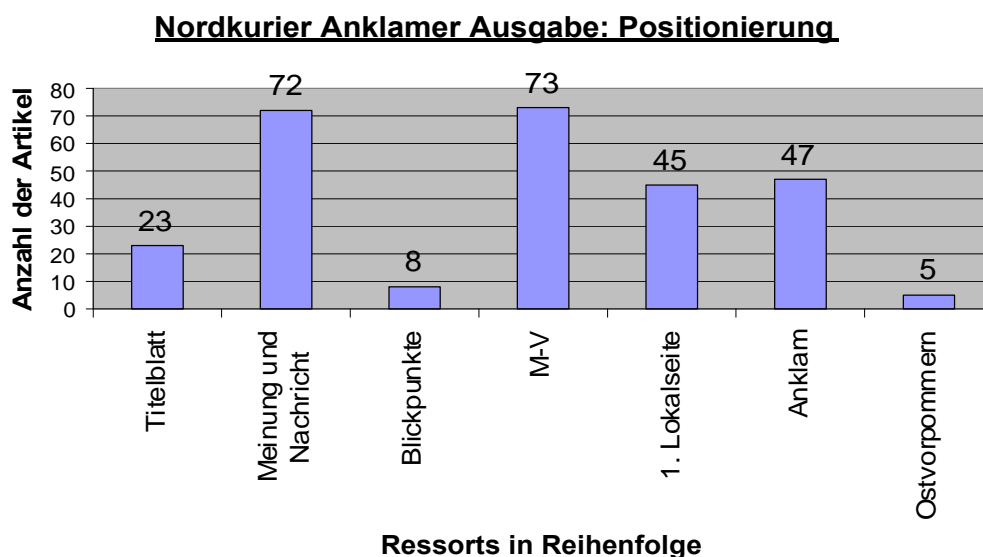


Abbildung 2:

Andere Ressorts befinden ebenfalls in der Anklamer Ausgabe des Nordkurier. Da sie keine Einträge zum untersuchten Thema aufwiesen, können sie hier vernachlässigt werden.

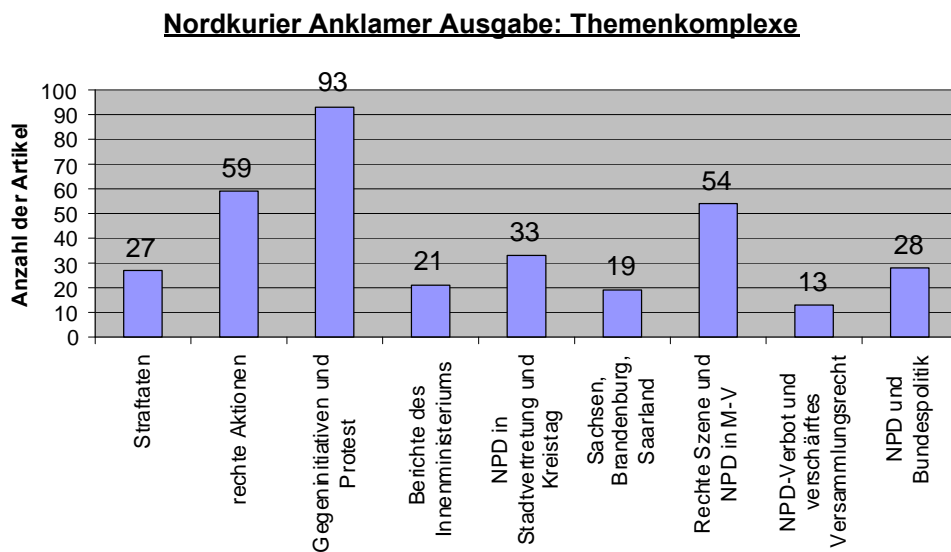
Mit 72 und 73 Beiträgen fanden sich mit großem Vorsprung ähnlich viele Zeitungsartikel in den Mantelressorts „Meinung und Nachricht“ und „Mecklenburg-Vorpommern“. Der angloamerikanischen Tradition in ihrer getrennten Darstellung von Fakten auf dem Titelblatt und wertender Meinung auf der zweiten Seite folgend, wurde vor allem auf der zweiten Seite im Ressort „Meinung und Nachricht“, das bis zum Juli 2005 noch „Information und Meinung“ hieß, kommentiert. Zeitweise und nur in unregelmäßigen Abständen erschienen aus aktuellen Anlässen Kurzkommentare, dies sowohl auf dem Titelblatt als auch auf der ersten lokalen Seite. Wie im Ressort Mecklenburg-Vorpommern waren auch im Lokalteil für Ostvorpommern und Anklam zahlreiche kurze Reportagen zu finden. Acht längere Reportagen wurden hingegen als sogenanntes „Seite-Drei-Thema“ im Ressort „Blickpunkte“ veröffentlicht.

Von 273 Datenbankeinträgen insgesamt waren 97 Artikel (das entspricht 35,5 Prozent) in den lokalen Teilen und demnach 176 Artikel im Mantel des Nordkurier – also den vorderen Ressorts der Tageszeitung – positioniert. Auf der ersten lokalen Seite konnten 16,5 Prozent aller Einträge gefunden werden, auf dem Titelblatt dagegen weniger als neun von hundert Artikeln (8,4 Prozent). Diese berichteten dabei sehr häufig von Demonstrationen, Wahlergebnissen und Stellungnahmen des Innenministeriums. Geringfügig mehr Beiträge als auf der ersten Lokalseite fanden sich in den nachfolgenden Teilen der Zeitung. Beachtlich ist, dass trotz des regionalen Schwerpunkts mit 113 Datenbankeinträgen fast zwei Drittel aller 273 veröffentlichten Zeitungsartikel mit einem inhaltlichen Bezug zur NPD im Mantel, also in den vorderen Teilen veröffentlicht wurden. Das entspricht einer Relation von 41,4 zu 64,5 Prozent. So wurden überproportional viele Beiträge mit einem regionalen Ortsbezug in der überall gleichen Hauptausgabe des Nordkurier publiziert. Bei der Positionierung von Artikeln waren der Artikeltypus (z.B. Kommentar auf Seite zwei) und der örtliche Bezug (wie bspw. Ostvorpommern) offensichtlich nur zwei Determinanten.

### 2.1.4 Themenkomplexe

Schwieriger als die Feststellung der Artikel-Positionen innerhalb der Zeitung war eine inhaltliche Unterteilung in weitgehend zusammenhängende thematische Bereiche.<sup>19</sup> Neun Komplexe konnten unter den in der gesamten Tageszeitung gefundenen 273 Beiträgen trotzdem herauskristallisiert werden, die sich wie folgt verteilen:





**Abbildung 3:** Zu rechtsextremen Aktionen wurden z.B. Konzerte, Demonstrationen und das Verteilen von CDs, Flugblättern und Blumen gezählt. Die Rubrik ‚NPD in Stadtvertretung und Kreistag‘ bezieht sich dagegen nur auf den parlamentarischen Bereich. Differenziert wurde zwischen der NPD und der Bundespolitik und der rechten Szene und NPD in M-V. Zu Gegeninitiativen und Protest zählten u.a. Ausstellungen, Seminare, Gegendemonstrationen oder Initiativen der Bürger. Artikel mit Bezügen zu den Landtagen im Saarland, Sachsen und Brandenburg wurden ebenso zusammengefasst. Berichte des Innenministeriums beinhalten sowohl die des Verfassungsschutzes als auch Stellungnahmen des Innenministers Timm. Inhaltliche Mehrfachnennungen waren möglich.

Feststellbar ist eine recht große Bandbreite an Themen, über die die Anklamer Ausgabe des Nordkurier im Zusammenhang mit der NPD berichtete. Den mit Abstand größten inhaltlichen Bezug nahmen Protest und Gegeninitiativen ein – wobei gerade hier das breite Spektrum dieses Themenbereichs die hohe Zahl an Artikeln bedingt. Die rechtsextreme Szene und die NPD in Mecklenburg-Vorpommern bzw. rechtsextreme Aktionen, wie Aufmärsche und Konzerte, hatten 59 bzw. 54 Datenbankeinträge zum Inhalt. Ähnlich häufig wie über rechtsextreme Straftaten wurde in 28 Artikeln über die NPD mit Bezug auf Deutschland insgesamt berichtet. Eher am Rande wurden das NPD-Verbotsverfahren, die Einschränkung des Versammlungsrechts oder Äußerungen von DVU und NPD infolge ihres Einzuges in die Landtage Brandenburgs und Sachsens wahrgenommen und diskutiert. Hier zeigt sich auch inhaltlich eine starke Ausrichtung auf Ostvorpommern und Anklam. Im Ganzen war der Anteil von außerparlamentarischen inhaltlichen Bezügen unter den neun Themenkomplexen im Vergleich zu dem mit einer parlamentarischen Bezugnahme bedeutend größer.

Da innerhalb eines Datenbankeintrages Mehrfachbezüge hinsichtlich der zugrunde gelegten thematischen Kategorien möglich waren, zählten gleichzeitige Bezugnahmen jeweils separat. Sehr häufig wurde so parallel über rechte Aktio-

nen, wie bspw. Kundgebungen, und Gegendemonstrationen informiert. Zudem stellten Artikel im Nordkurier für Anklam oft eine Verbindung zwischen rechtsextremer Szene und NPD in Mecklenburg-Vorpommern und den ansonsten weniger zahlreichen Stellungnahmen bzw. Berichten des Innenministeriums her. Wiederholt wurde in ein und demselben Zeitungsartikel über die Arbeit von Gegeninitiativen, z.B. von Präventionsräten, und über die rechtsextreme Szene und NPD im Bundesland berichtet. Daneben ergab sich aus der Gesamtzahl von 273 Datenbankeinträgen und der Summe der inhaltlich-thematischen Bezugnahmen (347) eine Differenz von 74 zusätzlichen Nennungen. Thematische Mehrfachbezüge in einem Beitrag waren somit in 27,1 Prozent aller aufgenommenen Einträge der Datenbank zu finden.

Einen thematischen Bezug zur NPD im Kreistag von Ostvorpommern und in der Stadtvertretung der Kreisstadt Anklam wiesen innerhalb des Untersuchungszeitraums insgesamt 33 Artikel auf. Diese werden im nächsten Abschnitt dezidiert dargestellt und analysiert.

### **2.2 Die Berichterstattung über die NPD in der Stadtvertretung Anklangs und im Kreistag Ostvorpommerns**

#### **2.2.1 Ereignisse und Themen**

Von den 113 veröffentlichten Zeitungsartikeln mit einem regionalen Bezug informierten im ganzen 33 (29,2 Prozent) mehr oder minder explizit über die NPD im ostvorpommerschen Kreistag und im Anklamer Stadtrat. Im Folgenden wird nun untersucht, über welche Themen und Ereignisse in diesen 33 Artikeln – die sowohl im Mantel als auch auf den Lokalseiten der gesamten Nordkurier-Ausgabe erschienen sind – berichtet wurde.

Bis zur Kommunal- und Europaparlamentswahl wurde die NPD in der Anklamer Nordkurier-Ausgabe nicht als eine Partei dargestellt, die überhaupt ein Potential besaß, Wählerstimmen auf sich zu vereinen. Zwar wurden die Spitzenkandidaten der NPD im Mai ebenso wie die anderer Parteien im Anklamer Lokalteil des Nordkurier in tabellarischer Form vorgestellt; im Gegensatz zu den Kandidaten der demokratischen Parteien wurden die rechtsextremen Bewerber im direkten Vorfeld der Wahl jedoch nicht zu ihren politischen Zielen und Vorstellungen der Umsetzung befragt. Der Wahlkampf der NPD mit „einigen wenigen Infoständen und Flugblattaktionen“<sup>20</sup> in Anklam blieb in der Zeitung unbeachtet. Die rechtsextreme NPD erreichte am 13. Juni 2004 vier Mandate, von denen ein Sitz aufgrund zu wenig aufgestellter Mandatsträger (für die Stadtvertre-

tung Anklams) unbesetzt blieb. In den Kreistag des Landkreises Ostvorpommern zogen Mario Kannenberg und Michael Andrejewski für die NPD ein. Andrejewski wurde zudem durch acht Prozent der zur Wahl gegangenen Anklamer Bürger in die nunmehr nur 24 statt 25 Mitglieder zählende Stadtvertretung gewählt.

Der Bürgermeister Anklams, Michael Galander, kommentierte den Stimmenzuwachs der NPD als „erschreckend“<sup>21</sup>. Ein Kommentar auf der ersten Seite des Lokalteils des Anklamer Nordkurier erklärte den Wahlausgang für die rechtsextreme NPD mit der hohen Arbeitslosigkeit und dem Wegfall der Fünf-Prozent-Hürde bei den Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern. In einem langen Überblick wurde im Juni 2004 das landesweite Abschneiden der NPD und in kurzer Form die Person Andrejewskis vorgestellt. Wie zu lesen war, schlossen alle „etablierten Parteien“ eine Koalition mit den Rechtsextremen aus und kündigten an, sich um eine „offene Auseinandersetzung um Sachfragen und Positionen“<sup>22</sup> bemühen zu wollen.

Am 1. Juli 2004 konstituierte sich erstmals der Anklamer Stadtrat, die Ausschüsse der Stadt wurden besetzt. Wie auf der ersten Seite des Lokalteils zu lesen war, verwehrte die Änderung des Stimmenverrechnungsverfahrens dem NPD-Abgeordneten Michael Andrejewski einen Sitz im beschließenden Hauptausschuss, der u.a. für die Koordinierung der restlichen neun Ausschüsse zuständig ist.<sup>23</sup> Kommentiert wurde dieser „Trick“<sup>24</sup> ebenfalls auf der ersten Lokalseite mit dem Hinweis auf eine Stadtvertretung, die bereit „zur wehrhaften Demokratie“<sup>25</sup> sei. Ob des verlorenen Hauptausschusssitzes kündigte die NPD daraufhin im 53 Abgeordnete zählenden Kreistag – jedoch nicht im Stadtrat – „Vergeltungsmaßnahmen gegen die PDS“<sup>26</sup> an, weil diese für die folgenreiche Änderung angeblich verantwortlich sei. Der Anklamer Ausgabe des Nordkurier war im Juli in Bezug auf jene „Vergeltungsmaßnahmen“ zu entnehmen, dass die NPD bei der Besetzung des Sozial- und Bildungsausschusses des Kreistages lediglich nicht für die PDS, sondern für die CDU gestimmt habe. Zwei Interviews wurden dazu zusätzlich geführt: mit Anklams Bürgervorsteher Karl-Dieter Lehrkamp (CDU), der sich dafür aussprach, aus der NPD keinen „Mythos“ zu machen; und mit Anklams parteilosem Bürgermeister Michael Galander, der Gründe für das hohe Ab-

<sup>21</sup> Nordkurier Anklamer Ausgabe am 14.06.2004.

<sup>22</sup> Nordkurier Anklamer Ausgabe am 02.07.2004.

<sup>23</sup> Das Hare-Niemeyer-Stimmenverrechnungsverfahren wurde zugunsten der Methode d'Hondt aufgegeben. Diese Methode benachteiligt im Gegensatz zum Hare-Niemeyer-Stimmenverrechnungsverfahren Parteien mit geringen Stimmanteilen. Vgl. Nohlen 2001: 567.

<sup>24</sup> Nordkurier Anklamer Ausgabe am 02.07.2004

<sup>25</sup> Nordkurier Anklamer Ausgabe am 08.07.2004.

<sup>26</sup> Nordkurier Anklamer Ausgabe am 08.07.2004.

schneiden der NPD bei den „etablierten Parteien“ sah und darauf verwies, dass die NPD „deutlich gewählt“ worden sei.<sup>27</sup>

Nur kurz berichtete die Anklamer Ausgabe des Nordkurier im August über den seitens der NPD-Kreistagsfraktion angekündigten Rechtsstreit mit der Sparkasse Ostvorpommern, die ihr die Einrichtung eines Fraktionskontos verweigerte. Direkt äußerte sich die Sparkasse Ostvorpommern dazu im Nordkurier allerdings nicht, weder Stellungnahmen noch Interviews wurden gegeben. Mitte August wurde im Ressort ‚Information und Meinung‘ die „Wut im Osten wegen Hartz IV“ kommentiert, die zu mehr Stimmen für DVU und NPD führe.<sup>28</sup> Im September desselben Jahres beantragte die NPD-Fraktion im Kreistag, die Haltung der Sparkasse öffentlich zu rügen. Sechs Enthaltungen, 14 Ja- und 21 Neinstimmen führten zu einer Ablehnung dieses Antrags. Die Positionen der Parteien waren dabei recht unterschiedlich. Die SPD warf der CDU vor, „lieber mit der NPD zu paktieren“, die CDU verwies hingegen auf die rechtmäßige Wahl der NPD.

Im Oktober 2004 wurde lediglich ein Zeitungsartikel über das Agieren der rechtsextremen Partei in den beiden kommunalen Parlamenten gedruckt, der darüber informierte, dass die von der NPD angekündigten Rechtsschritte gegen die Sparkasse bisher ausgeblieben seien. Deutlich mehr, nämlich sechs Artikel, erschienen hingegen im Dezember. So war auf dem Titelblatt der Gesamtausgabe zu lesen, dass die NPD-Fraktion im ostvorpommerschen Kreistag vorhatte, bei der nächsten Sitzung darüber abstimmen zu lassen, ob der Landkreis aus der Kommunalgemeinschaft Pomerania und der Deutsch-Polnischen Gesellschaft austreten solle, um – wie es im Antrag hieß – den „Selbstbehauptungswillen des deutschen Landes Pommern mit seiner 700-jährigen Tradition“ weithin sichtbar zu signalisieren.<sup>29</sup> Im selben Monat wurde mit Gegenstimmen von NPD und SPD die Umlagesteuer des Landkreises erhöht.

Kurz vor der Jahreswende diskutierte die Anklamer Stadtvertretung die Gründung eines „Zentrums für Friedensarbeit Otto Lilienthal Hansestadt Anklam“ in Form einer Stiftung. Ebenso wie die CDU, die das Projekt als „noch nicht ausgereift“ ansah, sprach sich die NPD gegen die Gründung aus und kün-

---

<sup>27</sup> Nordkurier Anklamer Ausgabe am 17.07.2004 und am 31.07.2004.

<sup>28</sup> Nordkurier Anklamer Ausgabe am 11.08.2004.

<sup>29</sup> Wie am 09.12.2004 im Nordkurier für Anklam zu lesen war, hätte diese Beschlussvorlage „kaum Chancen“ gehabt. Sie wurde am 13.12.2004 in den Kreistag eingebracht und nur von beiden NPD-Abgeordneten befürwortet. Mit gleichem Wortlaut und der neuen Begründung eines drohenden Haushaltsdefizits brachte die rechtsextreme Partei diesen Antrag am 12.12.2005 erneut ein. Auch diesmal erhielt dieser Antrag nur die Stimmen der NPD. In der Anklamer Nordkurier-Ausgabe war am 16. Dezember 2005 im hinteren Lokalteil zu lesen, dass dieser „absurde“ Antrag der NPD abgewiesen wurde. Vgl. Beier u.a. 2006: 54f., 57.

digte dagegen „Großdemonstrationen“ an.<sup>30</sup> Eine Beschlussvorlage Andrejewskis, eine zweifelhafte Auftragsvergabe der Stadt zu überprüfen, übernahm die CDU in Teilen und formulierte daraus einen eigenen Antrag. Nach der Jahreswende erschien im Anklamer Nordkurier ein Artikel mit dem Titel „Rechte in Kreis und Stadt“<sup>31</sup>, der sich unter anderem dem ostvorpommerschen Kreistag mit inzwischen neun statt zuvor drei Parteien widmete. Wie auf vorderster Lokalseite zu erfahren war, kündigte Andrejewski wenige Wochen später eine „Groß-Demonstration mit 1000 Teilnehmern“ gegen das geplante Zentrum für Friedensarbeit an, für das 5000 Euro Stiftungsbeteiligung statt einer Sanierung der vorgesehenen Immobilie für 33.000 Euro beschlossen wurden. Um gegen die vom Landtag Mecklenburg-Vorpommerns im Februar 2005 beschlossene Anhebung der Mindestfraktionsgröße auf vier Abgeordnete in kommunalen Parlamenten zu klagen, hatte die NPD der Zeitung zufolge zudem vor, Prozesskostenhilfe am Oberverwaltungsgericht zu beantragen.

Eine ausführliche Reportage über die rechtsextreme Szene in Mecklenburg-Vorpommern, die Veränderungen in der sogenannten „Kameradschaftsszene“ und die Abgeordneten der NPD in verschiedenen Kommunalparlamenten erschien Mitte Februar im Ressort ‚Mecklenburg-Vorpommern‘. Der nächste Monat blieb ohne Pressemeldungen, jedoch diskutierte man im April 2005 im Kreistag den Umgang mit „Neonazis in Ostvorpommern“, nachdem mehrere Beiträge des Anklamer Nordkurier über einen geplanten Aufmarsch rechter Gruppierungen in Ahlbeck und ein mögliches juristisches Verbot berichtet hatten. Während Teile des Kreisparlaments „Rechtsextremismus in der Mitte der Gesellschaft angekommen“ sahen und die PDS-Fraktion eine „öffentliche Leugnung“ unterstellte, wollte die CDU die „Region nicht schlechtreden“.<sup>32</sup>

Im Mai desselben Jahres wurde ein Antrag Michael Andrejewskis zur Sicherung des Kreisstadt-Status Anklams und mithin eine Unterschriftenaktion für dessen Erhalt mit 20 Ja- und einer Gegenstimme sowie einer Enthaltung angenommen. Ein Artikel dazu erschien im hinteren Teil der lokalen Seiten. Teile der CDU kommentierten den Antrag als „sinnvoll“, die Jusos, die Jugendorganisation der SPD, äußerten sich hingegen empört. In Bezug auf die Berichterstattung über die NPD in Kreistag und Stadtrat waren die folgenden Sommermonate sehr ruhig. Erst im August wurde ein Beitrag gedruckt, in dem eine öffentliche Fraktionssitzung in der kommenden Woche unter anderem zum Thema Rechtsextremismus und den Folgen der NPD-Demonstration in Anklam mit dem Motto „Man kann hier wieder wählen gehen“ angekündigt wurde. In den Monaten

<sup>30</sup> Nordkurier Anklamer Ausgabe am 20.12.2004.

<sup>31</sup> Nordkurier Anklamer Ausgabe am 03.01.2005 und folgend am 29.01.2005.

<sup>32</sup> Nordkurier Anklamer Ausgabe am 22.04.2005.

darauf finden sich Inhalte ohne kommunalparlamentarischen Bezug: die Bundestagswahl, die sogenannte „Schulhof-CD“ und die „Aktionswoche Demokratie und Toleranz“ in Ostvorpommern.

### **2.2.2 Zwischenfazit zur Berichterstattung über die NPD in der Stadtvertretung Anklams und im Kreistag Ostvorpommerns**

Folgende Punkte lassen sich in Bezug auf Positionierung, Darstellungsformate, außerparlamentarische Inhalte, Wortwahl, Bewertung und Selektion in der Berichterstattung des Anklamer Nordkurier über die NPD in beiden Kommunalparlamenten zusammenfassen:

- Nur in besonderen Fällen – etwa der Konstituierung der Stadtvertretung, dem „Trick“ mit der Listenwahl oder angekündigten „Vergeltungsmaßnahmen“ – erschienen Artikel auf der ersten Lokalseite der Anklamer Ausgabe des Nordkurier. Nur einmal wurde im Mantel der Gesamtausgabe ein Beitrag über das Agieren der NPD veröffentlicht, als diese beantragen wollte, aus der Kommunalgemeinschaft Pomerania und der Deutsch-Polnischen Gesellschaft auszutreten. Nur sehr weit hinten berichtete die Zeitung über den einstimmig vom Stadtrat angenommenen Antrag der NPD zur Erhaltung des Kreisstadtstatus Anklams. Insgesamt informierten drei kurze Reportagen und zwei Kommentare über die NPD-Mandatsträger in Kreistag und Stadtvertretung, ansonsten dominierten Nachrichten.
- Von 113 Beiträgen, die Ortsbezüge zu Anklam und Ostvorpommern aufwiesen, behandelten 80 Themen außerhalb beider kommunalen Parlamente. Sie befanden sich mit etwas höherem Anteil im Mantel des Nordkurier. So erfuhren die Leser viel über die veränderte (äußere) Erscheinung von Rechtsextremen in der Region, von zunehmend erstarkenden Neonazi-Strukturen vor Ort, von zahlreichen Demonstrationen und lokalen Ausstellungen sowie von vielfältigen Aktivitäten von Präventionsräten, Beratungsteams, Polizei, Bürgerinitiativen etc.
- Explizite Überschriften wie „Neonazis in Ostvorpommern“, Originalzitate wie „Selbstbehauptungswillen Pommerns“ oder die Bewertung der NPD-Forderung, aus der Deutsch-Polnischen Gesellschaft und der Kommunalgemeinschaft Pomerania auszutreten, als „absurd“ wurden sparsam eingesetzt. Interviews mit der NPD wurden nicht geführt, aber eine zentrale Einzelperson der NPD – Michael Andrejewski – am Rande vorgestellt. Zurückhaltend verwies man bei rechtsextremen Aufmärschen auf die

„zugereiste“ Mehrheit der Teilnehmer und ordnete die Partei auch nach der Kommunalwahl unter „Sonstige“ ein.

- Einige Anträge und Redebeiträge der rechtsextremen NPD erschienen nicht im Anklamer Nordkurier. Unerwähnt blieb ihre Forderung, gegen die Privatisierung des Wolgaster Kreiskrankenhauses zu votieren, um einem „Zusammenbruch des Gesundheitssystems in der Region“ vorzubeugen.<sup>33</sup> Verborgener blieb der Antrag, die Hälfte der Belegschaft der Sozialagentur mit Mitarbeitern zu besetzen, die bereits mindestens ein Jahr arbeitslos und nicht zuvor in einer Behörde beschäftigt gewesen seien sowie das zweifelhafte Engagement für eine Kinderbibliothek und den Schutz der Kulturlandschaft.<sup>34</sup> Aber auch fundierte Informationen über die zeitweise „inaktive Erscheinung“ und den teilweise „ausgesprochen polemischen“ und „provokativen“ Charakter mancher Redebeiträge der NPD konnten nicht gefunden werden.<sup>35</sup> Davon, dass der Umgang der anderen Parteien mit der NPD divergierte und die Abstimmungsmehrheiten häufiger wechselten, war zu lesen.<sup>36</sup> Dass aber der NPD-Abgeordnete Andrejewski durchaus keine Außenseiterrolle in der Anklamer Stadtvertretung einnimmt, war nicht zu erfahren.<sup>37</sup>

Bevor im vierten Teil dieser Arbeit ein Vergleich beider Tageszeitungen durchgeführt wird, folgt zunächst die Analyse der Stralsunder Ausgabe der Ostsee-Zeitung.

### 3. DIE STRALSUNDER AUSGABE DER OSTSEE-ZEITUNG

Die Ausgabe der Ostsee-Zeitung für Stralsund ist eine von insgesamt zehn Ausgaben; sie erreichte im zweiten Quartal 2006 eine verbreitete Auflage von circa

<sup>33</sup> Zu diesen und dem folgenden Antrag: Beier u.a. 2006: 55-56. Das Thema Privatisierung des Wolgaster Krankenhauses wurde im September 2005 von der NPD wieder aufgegriffen, indem ein Bürgerentscheid darüber gefordert wurde. Abgesehen von nicht überwindbaren rechtlichen Hürden erhielt dieser Antrag, trotz zweier NPD-Abgeordneter im Kreistag, nur eine einzige Stimme.

<sup>34</sup> Im Januar 2005 setzte sich die NPD nach dem Motto „Kinderbibliothek statt Anti-Wehrmachtszentrum“ für eine Streichung der Mittel für ein Friedenszentrum und kurz darauf gegen die Renaturierung eines Polders ein, mit der Begründung, dies führe zum Verlust des Kulturlandes „unserer Vorfahren“. Beier u.a. 2006: 73-76.

<sup>35</sup> Beier u.a. 2006: 57, 53-54. So im Zusammenhang der Diskussion um den Status Anklams als Kreisstadt Ostvorpommerns im Mai 2005 im ostvorpommerschen Kreistag.

<sup>36</sup> Diese Einschätzung anhand der Berichterstattung deckt sich mit den empirischen Befunden. So lässt sich sowohl im Kreistag von Ostvorpommern als auch im Stadtrat Anklams keine „einheitliche Strategie der Parteien im politischen Umgang mit der NPD“ erkennen. Vgl. Beier u.a. 2006: 58, 85-86. Besonders das Verhalten der CDU wirkte dabei inkohärent. Sie übernahm einerseits Vorlagen der NPD teilweise und stimmte für deren Anträge, wollte andererseits das Problem Rechtsextremismus nicht überbewerten und initiierte im November 2005 ein „Bündnis für Demokratie“.

<sup>37</sup> Es besteht vielmehr ein Verhältnis „distanzierter Akzeptanz“ zwischen Andrejewski und den restlichen Abgeordneten. Beier u.a. 2006: 85.

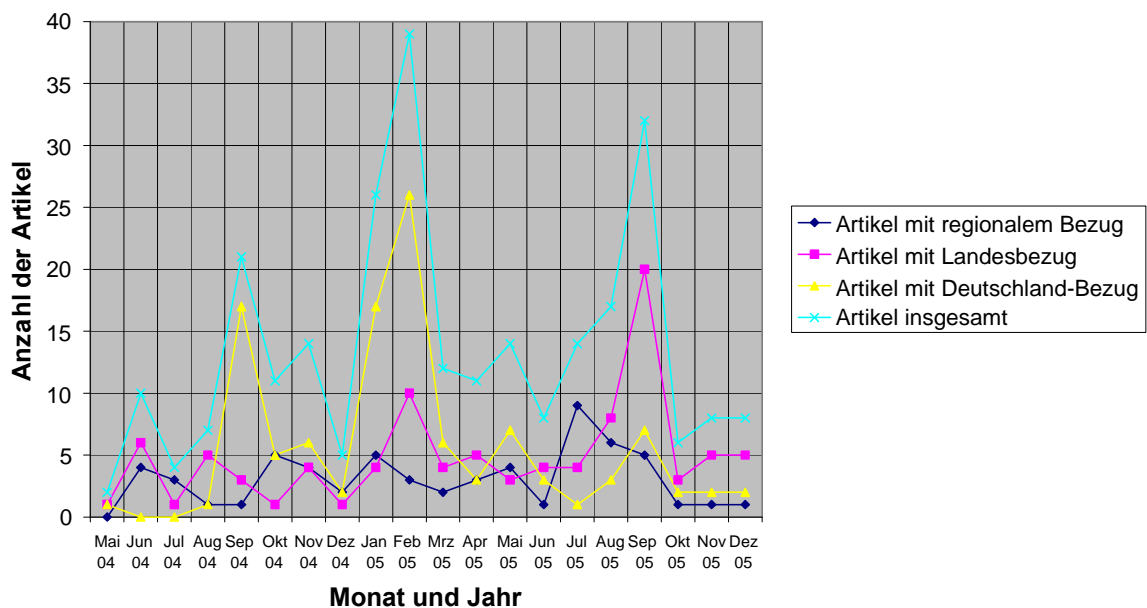
18.600 Exemplaren am Tag.<sup>38</sup> Im Jahr 2003 lebten in der kreisfreien Hansestadt Stralsund etwa 59.000.<sup>39</sup>

### 3.1 Die Berichterstattung über die NPD insgesamt

#### 3.1.1 Örtliche Bezüge

Um ein hohes Maß an Vergleichbarkeit beider Printmedien sicherzustellen und ein möglichst anschauliches Gesamtbild zu erstellen, wird mit der Stralsunder Ausgabe der Ostsee-Zeitung parallel verfahren wie zuvor mit der Anklamer Ausgabe des Nordkurier. Auch der erste Abschnitt ist entsprechend analog aufgebaut: Zunächst werden die örtlichen Bezüge der im Zeitraum 1. Mai 2004 bis 31. Dezember 2005 veröffentlichten Zeitungsartikel dargestellt. Dann folgt eine Analyse der Artikel hinsichtlich ihrer Darstellungsformate, ihrer Positionierung in der Zeitung und ihres inhaltlich-thematischen Gehalts. Die Ortsbezüge der insgesamt 267 Datenbankeinträge aus Mantel und Lokalseiten der Ostsee-Zeitung verteilen sich auf folgende Weise:

#### Ostsee-Zeitung Stralsunder Ausgabe: Örtliche Bezüge



**Abbildung 4:** Stralsund und die nähere Umgebung gelten als regionaler Bezug, nicht aber Grimmen und Rügen, da diese über eigene Ausgaben verfügen. Alles darüber hinaus zählt zu landes- oder bundesweiten Bezügen.

<sup>38</sup> Am 22.09.2006 waren diese Daten zu finden unter: <http://daten.ivw.eu/index.php?menu-id=1&u=&p=&detail=true>, Titel-Nr.: 2121.

<sup>39</sup> Angaben am 13.03.2006 unter: <http://www.statistik-mv.de/doku/wahlen/Stralsund.pdf>.



Eine recht gleichmäßige Verteilung lässt sich besonders bei der Anzahl von Artikeln mit regionalen und landesweiten Bezugnahmen feststellen. Die Gesamtzahlen aller Zeitungsartikel pro Untersuchungsmonat schwanken dagegen ebenso stark wie die Verteilung der Beiträge mit einem Bezug auf Gesamt-Deutschland. Von allen Einträgen in der Datenbank bezogen sich 110 auf die Bundesrepublik und 96 auf Mecklenburg-Vorpommern. Zusammen mit der im Vergleich zum Nordkurier nur geringen Zahl von 61 Artikeln, die einen Ortsbezug zu Stralsund aufwiesen, ist eine vorwiegend landes- und bundesweite Orientierung der Stralsunder Ausgabe der Ostsee-Zeitung zu konstatieren. Ohne die Berichterstattung über die Landtagswahlen im Saarland, Sachsen und Brandenburg im September 2004 sowie über das NPD-Verbotsverfahren bzw. dessen Diskussion besonders im Februar und Januar 2005 wäre die landesweite Ausrichtung der Berichterstattung der Ostsee-Zeitung sogar noch exponierter. Stärker noch als die Bundestagswahl wurden die Bedeutung eines möglichen Verbotes der rechtsextremen Partei und eines verschärften Versammlungsrechtes für Mecklenburg-Vorpommern reflektiert und diskutiert, was die hohe Zahl an Einträgen im September 2005 erklärt. Auffallend ist zudem, dass nach der Bundestagswahl das Interesse an der NPD, gemessen an der Artikelzahl, stark nachließ.

Infolge des Antrags der NPD in der Stralsunder Bürgerschaft, ihren Landesparteitag im Stralsunder Rathaus durchzuführen, erschienen im Juli 2005 relativ viele Zeitungsartikel mit Regionalbezug. Im Verlauf der untersuchten 20 Monate besaß die Berichterstattung über die rechtsextreme NPD mit einem direkten Bezug zu Stralsund ansonsten eher einen geringen Stellenwert. Schwerpunkte der Berichterstattung waren das erste und dritte Quartal des Jahres 2005.<sup>40</sup> Von den 267 Beiträgen, die einen Bezug zur NPD hatten, konnten 64 allerdings weder bestimmten Autoren noch Nachrichtenagenturen zugerechnet werden, weil hierzu im Online-Archiv der Ostsee-Zeitung keine Angaben gemacht wurden.<sup>41</sup> Werden indessen allein die Artikel mit einem Bezug zu Mecklenburg-Vorpommern oder Deutschland betrachtet, waren exakt genauso viele von Agenturen übernommen wie aus Reihe der Redaktion selbst recherchiert.<sup>42</sup> Dabei wurden beson-

---

<sup>40</sup> Im Ganzen konnten den publizierten Zeitungsartikel insgesamt 56 Journalisten oder Redakteure zugeordnet werden, wobei nur sechs Mitarbeiter und somit ein sehr kleiner Teil intensiver mit dem Thema beauftragt war.

<sup>41</sup> Gründe für diese Handhabung ließen sich indessen nicht ermitteln. Von den 64 Artikeln hatten 25 einen Bezug zu Stralsund und der näheren Umgebung. Subtrahiert man die nicht zuzuordnenden Beiträge von der Gesamtzahl, gehen dennoch mit leichtem Abstand die Journalisten als hauptsächliche Verfasser der Artikel hervor, während der verbleibende geringere Nachrichtenanteil von Agenturen übernommen wurde.

<sup>42</sup> Mit einem leichten Vorsprung kamen Agenturmeldungen von der Deutschen Presse-Agentur, darauf folgten Nachrichten des Deutschen Depeschendienstes und mit Abstand die der „Associated Press“ (ap). Unwesentlich auch bei der Stralsunder Ausgabe der Ostsee-Zeitung waren Meldungen des Evangelischen-Pressedienstes.

ders Stellungnahmen des Landesverfassungsschutzes, Kommentare zu bundespolitisch relevanten Themen sowie konkret auf den Nordosten der Republik bezogene Beiträge – z.B. Interviews und längere Berichte über Rechtsextremismus – selbst verfasst und nicht von Nachrichtenagenturen übernommen. Lediglich in zwei Fällen wurden Nachrichten von Agenturen übernommen, obwohl ein Bezug zur Hansestadt Stralsund erkennbar war.

### 3.1.2 Darstellungsformate

Sichtbar ist bislang weniger eine regionale als vielmehr landesweite Orientierung der Berichterstattung der Ostsee-Zeitung, wobei die Herkunft nicht aller untersuchten 267 Datenbankeinträge zum Stichwort „NPD“ geklärt werden konnte. Während dies eine eindeutige Aussage über die relative Verteilung von eigener Recherche und übernommenen Nachrichten der Agenturen erschwert hat, lässt sich die Differenzierung nach fünf Darstellungsformaten<sup>43</sup> dagegen leicht vornehmen:

Darstellungsformat	Nachricht	Interview	Reportage	Kommentar	Porträt
Anzahl	<b>192</b>	<b>11</b>	<b>34</b>	<b>29</b>	<b>1</b>

Tabelle 2: Nachrichten umfassen sowohl einspaltige Meldungen als auch mehrspaltige Berichte, zudem steht dabei eine sachliche Informationsvermittlung im Mittelpunkt. Reportagen hingegen sind anschaulicher und berichten ebenso sachlich wie mehrperspektivisch. Zu Kommentaren zählen alle wertenden und meinungsorientierten Artikel.

Aus dieser Tabelle ergibt sich für die Stralsunder Ausgabe der Ostsee-Zeitung ebenfalls eine deutliche Präferenz für das Format einer sachlichen und faktenorientierten Informationsvermittlung. Bei 71,9 Prozent aller im Zeitraum zwischen Mai 2004 und Dezember 2005 untersuchten Artikel handelte es sich sowohl dem Inhalt als auch der Form nach um Nachrichten. Wie auch bei der Anklamer Ausgabe des Nordkurier folgten erst mit weitem Abstand an zweiter und dritter Stelle Reportagen und wertende Kommentare. Kommentiert wurde weitgehend die Bundespolitik, aber auch das vorgebliche Gedenken der NPD an die Kriegsoffer Stralsunds. Reportagen berichteten vor allem über die Situation in Brandenburg

<sup>43</sup> Die Klassifikation der Formate wurde für die Stralsunder Ausgabe der Ostsee-Zeitung beibehalten. Vgl. Schneider/Raue 2003: 66f., 79-84, 114-157.

und Sachsen, Stimmungen und Meinungen nach Wahlen oder über Proteste gegen Rechtsextremismus in der Region.

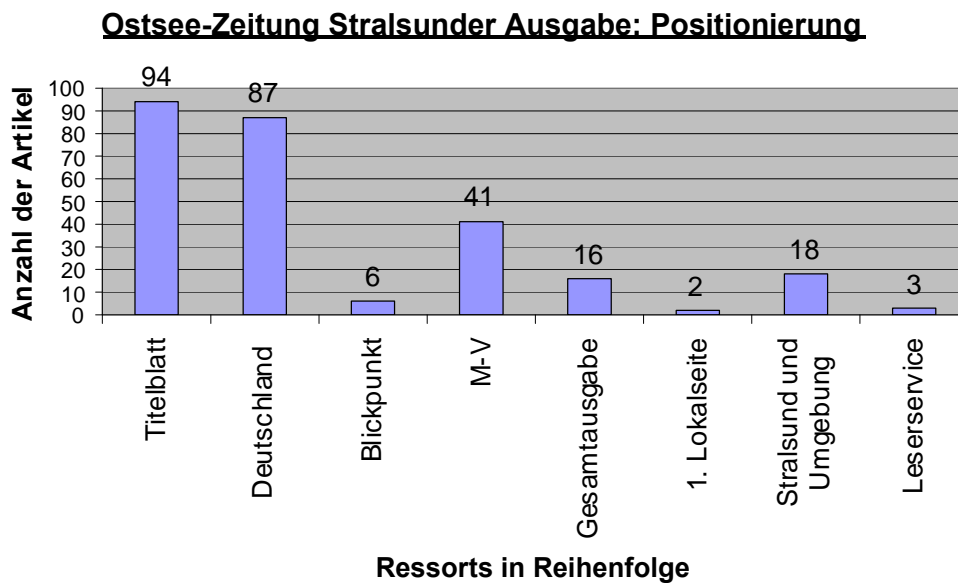
Insgesamt elf Interviews mit unterschiedlich starkem inhaltlichen Bezug zur hier analysierten Thematik wurden gedruckt – dabei nicht nur mit Polizeisprechern, Bürgermeister und Wissenschaftlern, sondern auch mit dem CDU-Generalsekretär Volker Kauder, dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, und dem Vorsitzenden des Instituts für Sozialforschung Hamburg, Jan-Philipp Reemtsma. Ein kurzes Porträt über Holger Apfel, den Fraktionsvorsitzenden der NPD im Dresdner Landtag, war im September 2004 in der Stralsunder Ausgabe der Ostsee-Zeitung zu finden. Lokale Vertreter dieser Partei wurden indessen weder vorgestellt noch deren Repräsentanten in der Bürgerschaft interviewt.

### 3.1.3 Positionierung der Artikel in der Zeitung

Obleich die zahlenmäßige Verteilung der journalistischen Darstellungsformate denen der Nordkurier Ausgabe für Anklam nahezu entspricht, berichtete die Stralsunder Ostsee-Zeitung weniger regional-bezogen. Inwieweit die Positionierung der Artikel innerhalb der beiden Tageszeitungen vergleichbar ist, soll der folgende Abschnitt klären.

Die Ausgabe der Ostsee-Zeitung für die Hansestadt setzte sich aus folgenden Ressorts in dieser Reihenfolge zusammen: Titel der Gesamtausgabe, Deutschland, Blickpunkt, Mecklenburg-Vorpommern im Mantel, sodann der spezielle Lokalteil mit der ersten Seite, Stralsund und Umgebung und Leserservice.<sup>44</sup> Im Gegensatz zur vorher betrachteten Anklamer Ausgabe des Nordkurier konnte im Fall der Stralsunder Ostsee-Zeitung ein frei verfügbares und sehr umfassendes Online-Archiv verwendet werden, was die Suche erheblich vereinfachte und unter dem Stichwort „NPD“ auch andere Ressorts als die eben genannten ermittelte. Da deren Zahl jedoch gering und ihre Position in der Zeitung ausschließlich dem Mantelteil zuzuordnen war, wurden betreffende Artikel der Rubrik „Gesamtausgabe“ zugeordnet. Bezogen auf die insgesamt 267 Datenbankeinträge sieht die Verteilung folgendermaßen aus:

<sup>44</sup> Der Aufbau der Ostsee-Zeitung wurde im Sommer 2006 verändert. Die Analyse in diesem und den folgenden Kapiteln bezieht sich auf die damalige Reihenfolge der Ressorts.



**Abbildung 5:** In der Kategorie „Gesamtausgabe“ wurden Artikel aus den Ressorts Leserforum, Ausland und der am Wochenende erscheinenden Beilage „Zeitgeschehen“ zusammengefasst.

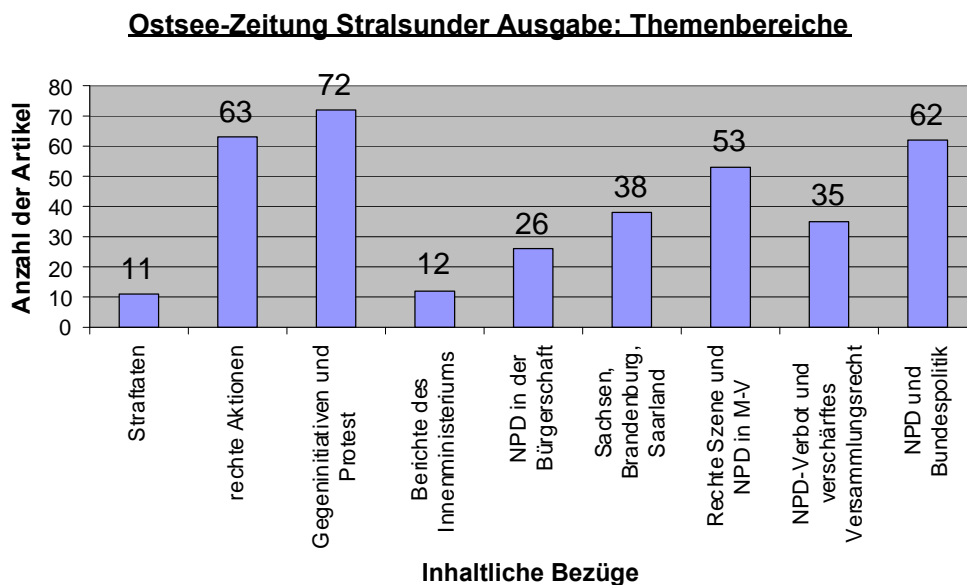
Evident ist in obiger Darstellung eine ausgesprochen starke Häufung der Einträge auf den ersten beiden Seiten der Stralsunder Ostsee-Zeitung: Mehr als zwei von drei Beiträgen (67,8 Prozent) befanden sich demnach auf der Titelseite und im nachfolgenden Ressort „Deutschland“. So waren allein 35,2 Prozent aller gelisteten Zeitungsartikel auf dem überall publizierten Titelblatt platziert, hingegen nur ein marginaler Anteil auf der ersten Lokalseite. Ebenfalls, jedoch in wesentlich geringerer Zahl als auf Seite zwei, erschienen Artikel mit einem Bezug zur NPD im Ressort ‚Mecklenburg-Vorpommern‘ im Mantel. Wertende Meinungen in Form von Kommentaren waren auch im Fall der Stralsunder Ausgabe der Ostsee-Zeitung klassischerweise auf der zweiten Seite zu finden, die – wie auch das Ressort ‚Mecklenburg-Vorpommern‘ – überwiegend kurze Nachrichten der Nachrichtenagenturen versammelt. Umfangreichere Reportagen wurden sechsmal im ‚Blickpunkt‘ auf Seite drei gedruckt, kürzere konnten hauptsächlich nach Wahlen auch in den Lokalteilen oder im Ressort ‚Deutschland‘ gefunden werden. In beiden Teilen der Zeitung wurden wichtige Ereignissen bündig kommentiert.

Zusammen erreichten die in den vorderen, in allen Ausgaben abgedruckten Beiträge einen Anteil von 91,4 Prozent. Nur 8,6 Prozent von hundert unter dem Stichwort „NPD“ im Online-Archiv der Ostsee-Zeitung recherchierten Datenbankeinträgen befanden sich außerhalb des Mantels, obwohl 61 regionale Bezugnahmen (22,8 Prozent) zählbar waren. Informationen mit einem Regionalbezug waren so deutlich häufiger in der Gesamtausgabe der Ostsee-Zeitung zu finden als dies nach proportionaler Verteilung zu erwarten gewesen wäre. Die Re-

levanz regionalbezogener Beiträge zur NPD wurde augenscheinlich als ausgesprochen hoch bewertet.

### 3.1.4 Themenkomplexe

Die vorab bei der Anklamer Ausgabe des Nordkurier zugrunde gelegten neun Themenkomplexe in der Berichterstattung über die NPD werden im Folgenden beibehalten und auf die Untersuchung der Stralsunder Ausgabe der Ostsee-Zeitung angewandt. Mehrere Bezugnahmen innerhalb eines Zeitungsartikels waren auch in diesem Fall möglich und wurden wie zuvor separat verschiedenen Kategorien zugeordnet. Die Themenbereiche verteilen sich in nachstehender Weise:



**Abbildung 6:** Zu rechtsextremen Aktionen wurden z.B. Konzerte, Demonstrationen und das Verteilen von CDs, Flugblättern und Blumen gezählt. Die Rubrik NPD in der Bürgerschaft bezieht sich hingegen nur auf den parlamentarischen Bereich. Differenziert wurde zwischen der NPD und der Bundespolitik und der rechten Szene und NPD in M-V. Zu Gegeninitiativen und Protest zählten u.a. Ausstellungen, Seminare, Gegendemonstrationen oder Initiativen der Bürger. Artikel mit Bezügen zu den Landtagen in Sachsen, Saarland und Brandenburg wurden ebenso zusammengefasst. Berichte des Innenministeriums beinhalten sowohl die des Verfassungsschutzes als auch Stellungnahmen des Innenministers Gottfried Timm. Inhaltliche Mehrfachnennungen waren möglich.

Mit 63 inhaltlichen Bezügen zu rechtsextremen Aktionen, wie z. B. Demonstrationen oder zur Verteilung der sogenannten „Schulhof-CD“, waren diese fast so zahlreich in der Ostsee-Zeitung für Stralsund vertreten wie die mit 72 Einträgen verbuchten Bezugnahmen auf Gegeninitiativen und Proteste. Am dritthäufigsten wurde mit 62 Einträgen über die NPD und die Bundesrepublik berichtet, wobei sich diese hauptsächlich auf die Ergebnisse der Bundestagswahl im September

2005 in Mecklenburg-Vorpommern, die Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik sowie das rechte Wahlbündnis für die geplante Bundestagswahl 2006 konzentrierten. Insgesamt 53 Artikel hatten die rechtsextreme Szene und die NPD im Bundesland zum Inhalt. Hingegen erschienen Stellungnahmen des Innenministeriums oder Verfassungsschutzberichte ebenso selten wie Beiträge über rechtsextreme Straftaten. Die Landtagswahlen im Saarland und vor allem das Verhalten der rechtsextremen Fraktionen in den neu konstituierten Landtagen von Brandenburg und Sachsen fanden indessen wesentlich mehr Beachtung. Nur geringfügig weniger Bezugnahmen ließen sich für das diskutierte NPD-Verbotsverfahren und eine Einschränkung des Versammlungsrechts in Deutschland ausmachen.

Sehr häufig wurde in einem Zeitungsartikel gleichzeitig von rechtsextremen Aktionen, wie z.B. Kundgebungen, und dazu stattfindenden Gegendemonstrationen berichtet. Zwischen den Inhalten rechtsextremen Szene und NPD in Mecklenburg-Vorpommern und Gegeninitiativen und Protest konnten ebenfalls Verbindungen ausgemacht werden. Daneben informierte die Stralsunder Ausgabe der Ostsee-Zeitung oftmals parallel über die Situation in den Landtagen Sachsens und Brandenburgs und das diskutierte NPD-Verbotsverfahren. Evident ist auch hier die überregionale Ausrichtung der Zeitung.

Ferner ist die Zahl von 105 Mehrfachbezügen – also eine inhaltlich-thematische Verknüpfung von mehreren der neun vorgefundenen Themenkomplexe innerhalb eines Datenbankeintrags – auffallend hoch. So verbanden 39,3 Prozent aller 267 Beiträge zumindest am Rande mehrere der neun Themenbereiche miteinander. Obgleich vergleichsweise komplex berichtet wurde, fanden sich in dieser Tageszeitung indessen nur 26 Beiträge (9,7 Prozent) mit einem dezidierten Bezug zur NPD in der Bürgerschaft Stralsunds. Diese Artikel werden im nächsten Abschnitt näher untersucht.

### **3.2 Die Berichterstattung über die NPD in der Stralsunder Bürgerschaft**

#### **3.2.1 Ereignisse und Themen**

Von den 61 innerhalb des Untersuchungszeitraums veröffentlichten Datenbank-einträgen mit einem Regionalbezug informierten insgesamt 26 Artikel, das sind 42,6 Prozent, über die NPD-Abgeordneten, die in die Bürgerschaft der kreisfreien Hansestadt Stralsund gewählt wurden. Im Folgenden wird betrachtet, über welche Themen und Ereignisse in diesen 26 Zeitungsartikeln berichtet wurde, die – analog zur Anklamer Ausgabe des Nordkurier – in der gesamten Stralsunder Ausgabe der Ostsee-Zeitung, also sowohl im Mantel als auch auf den Lokalseiten für Stralsund, erschienen sind.

Im Vorfeld der Kommunal- und Europaparlamentswahl am 13. Juni 2004 bezogen bis auf die rechtsextreme NPD alle Parteien und Wahlinitiativen in der Zeitung Stellung und wurden auch zu kommunalpolitischen Themen befragt. Ein kommunaler Wahlkampf der NPD fand in Stralsund nicht statt und es gab auch keine Berichterstattung über die NPD im Wahlkampf. Bei der Kommunalwahl Juni 2004 erreichte die NPD dann 4,1 Prozent aller Stimmen, was bei 42 Abgeordneten in der Stadtversammlung je ein Mandat für Dirk Arendt und Bernd Flotow bedeutete. Nachdem das für manche überraschende Ergebnis bekannt gemacht worden war, holte die Stralsunder Ostsee-Zeitung bei Bürgern erste Meinungen zum Ausgang der Wahl ein. In den Reaktionen war mehrfach von „Betroffenheit“, „Bedauern“ und „Bestürzung“ die Rede; das Ergebnis wurde andererseits aber auch als Chance gewertet, um sich endlich ernsthaft „mit dem Rechtsextremismus in der Stadt“ auseinanderzusetzen.<sup>45</sup> In einem Kommentar auf Seite zwei war in Bezug auf das Ergebnis der gesamten Kommunalwahl zu lesen, dass die NPD „lediglich dort profitiert“ habe, wo sie schon länger aktiv gewesen sei. Vertreter der CDU bewerteten den Einzug der NPD als „schlimme Entwicklung“, die „für das Image der Weltkulturerbe-Stadt“ nicht gut sei.<sup>46</sup> Alle fünf übrigen Fraktionen kündigten mehrfach ausdrücklich an, keine Koalition mit der rechtsextremen Partei eingehen zu wollen.

Im Juli 2004 berichteten zwei Zeitungsartikel darüber, dass nach Einstweiliger Verfügung des Landesverfassungsgerichts Greifswald die NPD mit zwei Abgeordneten in der Bürgerschaft eine eigene Fraktion bilden könnte und somit sechs Fraktionen in der Kommunalvertretung Stralsunds vertreten sind.<sup>47</sup> Auf dem Titelblatt der Gesamtausgabe war Ende Juli dann zu lesen, dass durch eine rasche Änderung der Geschäftsordnung ein Sitz der NPD im Präsidium verhindert werden konnte, während bei der konstituierenden Sitzung zeitgleich mit Transparenten gegen die rechtsextremen Abgeordneten protestiert wurde.

Nachdem im August nichts über die NPD zu lesen war, wurde im September 2004 auf dem Titel der Stralsunder Ostsee-Zeitung der Vorwurf laut, die CDU habe einen Sitz im (beschließenden) Hauptausschuss nur durch Stimmen der rechtsextremen Fraktion bekommen, was einen „Eklat“<sup>48</sup> in der Bürgerschaft auslöste. Im Monat danach berichtete die Stralsunder Ausgabe über das Vorhaben der Bürgerschaft, eine Erklärung gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zu verfassen. Während auf Drängen der christlich-demokratischen

<sup>45</sup> Ostsee-Zeitung Stralsunder Ausgabe am 14. und 15.06.2004.

<sup>46</sup> Ostsee-Zeitung Stralsunder Ausgabe am 15.06.2004.

<sup>47</sup> Nach fünf Monaten, im Dezember 2004, verlor die NPD durch die endgültige Änderung der Kommunalverfassung durch das Landesverfassungsgericht Greifswald ihren Fraktionsstatus. Vgl. Beier u.a. 2006: 125.

<sup>48</sup> Ostsee-Zeitung Stralsunder Ausgabe am 04.09.2004.

Fraktion der Begriff „Rechtsextremismus“ durch „Extremismus“ ersetzt und die Proklamation mit 18 Ja- zu 13 Gegenstimmen angenommen wurde, versuchte sich Dirk Arendt mit der Aussage „Multi-Kulti ist und bleibt Völkermord“ in „Szene zu setzen“.<sup>49</sup> Wenige Tage später wurde berichtet, dass eine Neubesetzung des Sparkassen-Aufsichtsrats auf Antrag der CDU und unterstützt von NPD und „Bürger für Stralsund“ verhindert wurde. Weiter hinten im Lokalteil der Zeitung äußerte sich die PDS in einer Presseerklärung enttäuscht und entsetzt über die NPD-Abgeordneten als Mehrheitsbeschaffer der CDU. Ende Oktober wurde im Mantel auf der dritten Seite der Gesamtausgabe im Zusammenhang mit dem Verfassungsschutzbericht darüber informiert, dass Arendt in der Bürgerschaft 500 Euro „Begrüßungsgeld für Neugeborene“ gefordert habe.<sup>50</sup>

Im November desselben Jahres wurde mehrmals über NPD-Demonstrationen vor Schulen berichtet, woraufhin sich im Dezember das Präsidium der Bürgerschaft ausdrücklich von „Veranstaltungen der NPD und anderer Rechtsextremer vor Stralsunder Schulen“ distanzierte. Wie kurz vor Jahreswechsel in der Stralsunder Ausgabe der Ostsee-Zeitung zu lesen war, wurde der umstrittene Haushalt der Stadt für 2005 beschlossen. Dabei stimmte die NPD, wie der Leser jetzt erfuhr, erstmals nicht mit der CDU.<sup>51</sup> Überschattet von zahlreichen Demonstrationen und Diskussionen über Hartz IV im Januar und Februar des neuen Jahres beantragten die FDP und „Bürger für Stralsund“ einen höheren Zuschuss für den Seniorenbeirat. Hierbei schlug die CDU vor, das Geld aus den „Mitteln der NPD-Fraktion“ zu nehmen.<sup>52</sup> Im März 2005 beschlossen alle Fraktionen, Nachverhandlungen zur ebenfalls nicht unumstrittenen Sparkassenfusion aufzunehmen. Die Zeitung kritisierte diesen Aufschub. In einer Abstimmung über die beabsichtigte Sparkassenfusion, so war am 18. März zu lesen, stimmten 29 Bürgerschaftsmitglieder für die Fusion, wohingegen NPD und CDU (abgesehen von zwei Enthaltungen) dagegen votierten.

Ein Antrag des „Forums Kommunalpolitik“ und der Sozialdemokraten, für etwa 8.000 Euro eine Richtlinie gegen Rechtsextremismus zu erarbeiten, weil nach Meinung des Forums „jede Veranstaltung der NPD zuviel“ sei und gerade hier die „Kommunalpolitik ein Zeichen setzen“ müsse, wurde im April mit 14 Ja- zu 24 Gegenstimmen abgelehnt.<sup>53</sup> Am Rande einer sehr ausführlichen und bildreichen Reportage über den latenten Rechtsextremismus in der Stadt erschien im Blickpunkt auf Seite drei auch eine kurze Übersicht über die organisierte rechtsextreme Szene in Mecklenburg-Vorpommern und das gestiegene Ansehen von

---

<sup>49</sup> Ostsee-Zeitung Stralsunder Ausgabe am 01.10.2004.

<sup>50</sup> Ostsee-Zeitung Stralsunder Ausgabe am 27.10.2004.

<sup>51</sup> Vgl. Ostsee-Zeitung Stralsunder Ausgabe am 18.12.2004.

<sup>52</sup> Vgl. Ostsee-Zeitung Stralsunder Ausgabe am 24.01.2005.

<sup>53</sup> Ostsee-Zeitung Stralsunder Ausgabe am 09.04.2005.



NPD und Kameradschaften durch die kommunalen Wahlerfolge. Ende April wurde eine große Reportage über Stralsund als „zentrales Betätigungsfeld“ der Rechtsradikalen und die zunehmende Etablierung des örtlichen „Bündnisses gegen Rechtsextremismus“ veröffentlicht.<sup>54</sup>

Aufgrund der inaktiven rechtsextremen Abgeordneten in der Bürgerschaft blieb die Berichterstattung in den beiden Folgemonaten sehr ruhig. Anfang Juli jedoch war in der Ostsee-Zeitung für Stralsund anfangs im Ressort ‚Mecklenburg-Vorpommern‘, später auf dem Titelblatt, wiederholt zu lesen, dass die NPD das Rathaus Stralsund als Tagungsort ihres Landesparteitags nutzen wollte – mit der Begründung, dass auch die CDU dort bereits getagt hätte. Der Hauptausschuss des Stadtrats lehnte diesen Antrag ab, wogegen die NPD vor dem Verwaltungsgericht in Greifswald klagte. Daraufhin beraumte die Bürgerschaft eine Dringlichkeitssitzung zur Verhinderung des Landesparteitags an. Wie ebenfalls auf dem Titel zu lesen war, entschied jene am Tag darauf, dass jegliche Parteiveranstaltungen im Stralsunder Rathaus von nun an untersagt seien. Die NPD konnte so nicht im Rathaus tagen und kündigte zusammen mit dem „Nationalen und sozialen Bündnis Pommern“ eine Demonstration wider diesen Beschluss an. Mehrere hundert Teilnehmer nahmen kurz darauf an Gegenkundgebungen und Festen, organisiert vom „Bündnis gegen Rechtsextremismus“, in Stralsund teil. Nachdem im Juli die Berichterstattung ihren Schwerpunkt erreicht hatte, wurde zwischen September und Dezember 2005 kein einziger weiterer Artikel zur NPD in der Bürgerschaft publiziert.

### **3.2.2 Zwischenfazit zur Berichterstattung über die NPD in der Bürgerschaft Stralsunds**

Nachfolgende Punkte lassen sich in Bezug auf Positionierung, Darstellungsformate, außerparlamentarische Inhalte, Wortwahl, Bewertung und Selektion in der Berichterstattung der Stralsunder Ostsee-Zeitung über die NPD in der Bürgerschaft zusammenfassen:

- Der überwiegende Teil der Zeitungsartikel über die NPD im Stralsunder Kommunalparlament war auf dem Titelblatt der Gesamtausgabe zu finden, nur vier Beiträge (über den Parteitag im Rathaus) erschienen im Ressort ‚Mecklenburg-Vorpommern‘ sowie eine längere Reportage im Ressort ‚Blickpunkt‘. Vor allem Meinungen nach Wahlen und Informationen über

<sup>54</sup> Ostsee-Zeitung Stralsunder Ausgabe am 29.04.2005.

Gegenveranstaltungen wurden im Lokalteil der Zeitung positioniert. Es dominierte das Darstellungsformat Nachricht.

- Von allen 61 Datenbankeinträgen, die im Untersuchungszeitraum einen Bezug zu Stralsund und zur NPD aufwiesen, waren 35 nicht auf das Geschehen in der Bürgerschaft bezogen. Sie wurden ebenso häufig in der Gesamtausgabe wie in den lokalen Teilen veröffentlicht. Leser und Leserinnen erfuhren dabei viel über die „Kameradschafts-Szene“ in Stralsund, deren veränderte Erscheinung, die nicht geringe Akzeptanz des Rechtsextremismus in der Bevölkerung und die Gefahr eines Einzugs der NPD in den Schweriner Landtag im September 2006, daneben viel über Lesungen, Feste und Konzerte gegen Rechtsextremismus. Wiederholt wurde über Demonstrationen der rechtsextremistischen Partei, oftmals in Verbindung mit dem „Nationalen und sozialen Bündnis Pommern“ und der „Pommerschen Aktionsfront“, berichtet.<sup>55</sup>
- Teilweise wurden rechtspopulistische und verfassungsfeindliche Wortbeiträge originalgetreu wiedergegeben; so wurde NPD-Abgeordnete Arendt über den „Aufbau eines nationalsozialistischen Deutschlands“ und mit „Multi-Kulti ist Völkermord“ zitiert. Beständig wurde dann von den Redakteuren ein wertender, direkter Ausdrucksstil verwendet – zu lesen war von „blankem Zynismus“, von „angeblichem Gedenken“ und einer NPD, die mit Pastellkreide „Meinungsfreiheit“ auf den Boden schrieb und sich in „Szene setzen“ wollte. Interviews mit der NPD wurden nicht geführt.
- Informationen über die unauffällige, passive und dilettantische Arbeitsweise der beiden gewählten NPD-Abgeordneten und deren offenkundige Unfähigkeit, ihre Anträge mit klaren Aussagen zur Finanzierung zu versehen<sup>56</sup>, waren nicht zu finden. Insgesamt erhielt der Leser der Ostsee-Zeitung den Eindruck, dass die Bürgerschaft Stralsunds der rechtsextremen Partei geschlossen gegenüberstand.<sup>57</sup>

---

<sup>55</sup> Bis zum Januar 2005 nannte sich das „Soziale und Nationale Bündnis Pommern“ „Pommersche Aktionsfront“. Vgl. Fischer 2006: 20.

<sup>56</sup> Vgl. Beier u.a. 2006: 126-129.

<sup>57</sup> Allerdings stand die CDU unter Verdacht, von den Stimmen der NPD profitiert zu haben. Sie schlug zudem eine Streichung der NPD-Bezüge vor und bestand auf dem Ersatz des Begriffs „Rechtsextremismus“ durch „Extremismus“ bei der gemeinsamen Erklärung der Bürgerschaft gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Stralsund. Besonders die linken Parteien (Forum und SPD) mahnten mehrmals eine intensivere Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus an.

#### 4. VERGLEICH DER BERICHTERSTATTUNG VON NORDKURIER UND OSTSEE-ZEITUNG

##### 4.1 Die Berichterstattung über die NPD insgesamt

Der Vergleich der Berichterstattung beider Regionalzeitungen über die rechtsextreme NPD ergibt, dass sich der Thematik NPD und Rechtsextremismus nicht nur auf unterschiedliche Art genähert wurde, sondern auch journalistische und publizistische Entscheidungen von Ostsee-Zeitung und Nordkurier in verschiedener Weise getroffen worden sind. Im Folgenden werden die Darstellungsformate, die Positionierung, die örtlichen Bezugnahmen und thematischen Verknüpfungen beider Tageszeitungen miteinander verglichen.

Gemein war beiden nordöstlichen Zeitungen, dass der Typus Nachricht in der Berichterstattung über die NPD dominierte. Mit weitem Abstand folgten Kommentare und Reportagen. Letztgenannte Gattungen erschienen in dem Stralsunder Ostsee-Zeitung nur geringfügig häufiger. Je elf Interviews waren zu finden. Während der Anklamer Nordkurier dabei vor allem bürgernahe Interviews mit Lokalpolitikern, Polizeisprechern etc. führte, wurden von der Stralsunder Ostsee-Zeitung darüber hinaus auch bundesweit bekannte Personen interviewt. Lediglich je ein kurzes Porträt von Michael Andrejewski, dem Abgeordneten der Stadtvertretung Anklams und des Kreistages Ostvorpommern, und von Holger Apfel, dem Fraktionsvorsitzenden der NPD im Dresdner Landtag, wurde in der Anklamer und Stralsunder Zeitung innerhalb der untersuchten 20 Monate abgedruckt.

Sehr große Unterschiede zeigten sich bei der Positionierung der Artikel innerhalb der gesamten Tageszeitungen. So waren 91,4 Prozent aller 267 Zeitungsartikel der Stralsunder Ostsee-Zeitung im Mantel zu finden – hierbei vornehmlich auf dem Titelblatt und der zweiten Seite. Der Anteil von Beiträgen zum Thema NPD auf der ersten Lokalseite war im Gegensatz zum Anklamer Nordkurier unerheblich. Dieser positionierte im Untersuchungszeitraum indessen 16,5 Prozent der insgesamt 273 gelisteten Datenbankeinträgen auf der ersten Seite des lokalen Zeitungsteils und nur 8,4 Prozent auf dem Titel der Gesamtausgabe. So machten Artikel im Mantel der Zeitung im Ganzen 64,5 Prozent aus. In beiden analysierten Blättern erschienen Kommentare zur NPD (insgesamt, also nicht nur in Kommunalparlamenten) zumeist auf Seite zwei der Gesamtausgabe, längere Reportagen vor allem auf der dritten Seite in den Ressorts ‚Blickpunkt‘ und ‚Blickpunkte‘.

Bemerkenswerterweise befanden sich Beiträge zur NPD mit einem regionalen Ortsbezug in überproportional großer Zahl in den Mänteln der beiden Regionalzeitungen. Betrachtet man insgesamt die Relation zwischen der Artikelzahl mit Regionalbezügen und tatsächlicher Verteilung in Mantel- und Lokalteil, wa-

ren Artikel im Zusammenhang mit der rechtsextremen Partei mit einem regionalen Bezug jeweils häufiger im Mantel der Gesamtausgabe positioniert. Dabei berichtete die Anklamer Ausgabe des Nordkurier mit 113 Einträgen weit mehr über die Region Ostvorpommern und Anklam als die Stralsunder Ausgabe der Ostsee-Zeitung mit 61 Beiträgen über Stralsund. In Stralsund wie auch in Anklam und Ostvorpommern waren größtenteils eigene Journalisten der Zeitungen zur Berichterstattung vor Ort.<sup>58</sup>

Starke quantitative Divergenzen fallen bei den vorgefundenen Themenkomplexen, über die im Zusammenhang mit der NPD insgesamt berichtet wurde, und örtlichen Bezugnahmen der Artikel auf. In beiden Punkten orientierte sich die Berichterstattung des Anklamer Nordkurier überwiegend regional, währenddessen die Stralsunder Ostsee-Zeitung deutlich stärker auf die Bundesrepublik und Mecklenburg-Vorpommern rekurrierte. Ausführlich informierte letztere über die Ereignisse in den Landtagen Saarlands, Brandenburgs und Sachsens, das rechte Wahlabkommen und die Bundestagswahl im September 2005. Daneben diskutierte sie partiell auch das Verbotverfahren gegen die NPD hinsichtlich seiner Bedeutung für Mecklenburg-Vorpommern. Eher beiläufig berichtete hingegen die Anklamer Ausgabe über die Bundestagswahl im Zusammenhang mit der rechtsextremen Partei.

Beide Zeitungen informierten in Verbindung mit der NPD am häufigsten über Gegeninitiativen und Proteste, sodann über rechtsextreme Aktionen und die „rechte Szene“ und NPD in Mecklenburg-Vorpommern. Wie an den inhaltlichen Mehrfachbezügen zu verschiedenen Themenkomplexen erkennbar wird, verband der Anklamer Nordkurier im Untersuchungszeitraum sehr oft Informationen über Kundgebungen und Gegendemonstrationen und stellte zwischen den regelmäßigen Landesverfassungsschutzberichten, der rechten Szene und der NPD in Mecklenburg-Vorpommern sowie zwischen dem Rechtsextremismus im Nordosten und der Arbeit von Gegeninitiativen Verknüpfungen her. Die Stralsunder Ostsee-Zeitung wich dahingehend von dieser Relation ab, als dass sie zusätzlich Zusammenhänge zwischen dem Verhalten und den Äußerungen der rechtsextremen Abgeordneten in den Landtagen Brandenburgs und Sachsens und dem diskutierten (erneuten) NPD-Verbot aufzeigte. Ferner verknüpfte der Anklamer Nordkurier in 27,1 Prozent aller Beiträge mehrere Themenkomplexe miteinander, die Stralsunder Ostsee-Zeitung in 39,3 Prozent.

---

<sup>58</sup> In der Anklamer Ausgabe des Nordkurier waren im Analysezeitraum 40 verschiedene Journalisten ermittelbar. Von allen 273 Zeitungsartikeln mit Bezug zur NPD wurden im Ganzen etwas weniger als zwei Drittel selbst recherchiert. Die Stralsunder Ausgabe der Ostsee-Zeitung betraute dagegen insgesamt 56 Journalisten mit der Berichterstattung - zu berücksichtigen ist hier allerdings, dass 64 von 267 Artikeln nicht zuzuordnen waren. Ohne diese Artikel waren mit leichtem Abstand mehr Beiträge von der Zeitung selbst verfasst.

#### 4.2 Die Berichterstattung über die NPD in den Kommunalparlamenten

Neben den bisherigen Ergebnissen in Bezug auf die NPD im Gesamten lassen sich gleichfalls Unterschiede in der Berichterstattung von Anklamer Nordkurier und Stralsunder Ostsee-Zeitung über die rechtsextreme Partei in den betrachteten drei Kommunalparlamenten aufzeigen. Kriterien des Vergleichs sind die Anzahl und Positionierung der Artikel, die Darstellung von Anträgen und Zitaten, verwendete Formulierungen sowie nicht veröffentlichte Informationen. Begonnen wird mit der Ausgabe des Nordkurier für Anklam.

Über die gewählten Abgeordneten der NPD im ostvorpommerschen Kreistag und der Anklamer Stadtvertretung berichtete die Anklamer Ausgabe des Nordkurier zwischen Mai 2004 und Dezember 2005 in insgesamt 12,1 Prozent aller 273 Datenbankeinträge, die sich mit der rechtsextremen Partei befassten. Diese 12,1 Prozent bzw. 33 Artikel zur NPD in beiden kommunalen Parlamenten waren äußerst selten im Mantel (über den geforderte Austritt aus der Kommunalgemeinschaft Pomerania und der Deutsch-Polnischen Gesellschaft) und nur in Ausnahmen auf der ersten Lokalseite (über die Änderung des Stimmenverrechnungsverfahrens), meist aber auf den Seiten danach zu finden. Der Typus der Artikel differierte ebenso wie deren inhaltliche Tiefe und Positionierung in der Zeitung.

Betrachtet man die von der Anklamer Ausgabe des Nordkurier zwischen Mai 2004 und Dezember 2005 in Bezug auf die NPD in Kreistag und Stadtrat publizierten Beiträge insgesamt, lassen sich nur wenige Artikel über das konkrete Agieren der rechtsextremen Abgeordneten ausmachen. Als Gründe dafür sind zum einen der nur marginale Anteil von weniger als fünf Prozent aller in den Kreistag von der NPD eingebrachten Anträge zu nennen,<sup>59</sup> zum anderen eine inhaltliche Auswahl seitens der Zeitung. Allerdings erschienen diverse Anträge und Redebeiträge nicht in der Berichterstattung des Anklamer Nordkurier. Von fehlenden historischen und juristischen Sachkenntnissen der NPD-Abgeordneten in Kreistag und Stadtvertretung konnte dabei ebenso wenig gelesen werden wie über deren plumpe Selbstdarstellung als „Anwalt des gemeinen Volkes“ und ihre mit Untergangsszenarien verbundene Kapitalismus- und Demokratiekritik. Wie wirklichkeitsfern und systemfeindlich die gewählten Abgeordneten der NPD handelten und auftraten, erfuhren die Leser des Anklamer Nordkuriers nur bedingt. Daneben waren wertende Formulierungen und explizite Kommentare zum Verhalten der gewählten NPD-Vertreter nur vereinzelt zu lesen. Fakten und Argumente zu Diskussionen, an denen die Partei mehr oder weniger beteiligt war,

<sup>59</sup> Vgl. Beier u.a. 2006: 57.

sowie Überblicksdarstellungen über die NPD in Kreistag und Stadtvertretung wurden nur selten angeboten.

Mit 80 von 113 Beiträgen, die eine örtliche Bezugnahme zu Ostvorpommern und Anklam aufwiesen, druckte die Anklamer Ausgabe des Nordkurier insgesamt ausgesprochen viel über Themen jenseits beider Kommunalparlamente im Zusammenhang mit der NPD. Oftmals in Form von Nachrichten oder detaillierten Reportagen wurden diese Artikel mit leichtem Vorsprung im Mantel der Gesamtausgabe platziert.

Sowohl in Hinblick auf außer-parlamentarische als auch kommunalpolitische Themen und Inhalte gestaltete sich die Berichterstattung der Stralsunder Ausgabe der Ostsee-Zeitung im Vergleich zur Anklamer Ausgabe des Nordkurier sehr unterschiedlich.<sup>60</sup> So wurden Artikel zur NPD in der Stralsunder Bürgerschaft – die insgesamt 9,7 Prozent der 267 Beiträge ausmachten – fast ausschließlich auf dem Titelblatt der Gesamtausgabe der Ostsee-Zeitung platziert, so z.B. über die gemeinsame Erklärung der Bürgerschaft gegen (Rechts)-Extremismus oder über den verhinderten NPD-Landesparteitag in der Bürgerschaft. Diese 9,7 Prozent bzw. 26 Artikel mit Bezug zur rechtsextremistischen Partei im Stralsunder Kommunalparlament hatten auch hier meist die Form einer Nachricht.

Nun war die Situation in der Bürgerschaft Stralsunds in Hinblick auf die NPD eine völlig andere als die der Stadtvertretung Anklams und des Kreistages von Ostvorpommern. Über Anträge und Redebeiträge konnte von der Stralsunder Ausgabe der Ostsee-Zeitung aufgrund der Inaktivität der Abgeordneten der NPD in der Bürgerschaft nicht berichtet werden. Markante und eindeutig gegen die freiheitliche Werte- und Gesellschaftsordnung gerichtete Aussagen wurden dagegen teilweise im Original zitiert und bewertet. Allerdings wurden Darstellungen des eigentlichen kommunalparlamentarischen Verhaltens und der kommunalpolitischer Ziele der beiden NPD-Mandatsträger in der Stralsunder Bürgerschaft sowie explizite Kommentare eher vermieden. Die Tatsache, dass die NPD in den mehr als anderthalb Jahren seit der Kommunalwahl im Juni 2004 nicht einen einzigen weder formal noch inhaltlich korrekten Antrag in die Stral-

---

<sup>60</sup> Da im frei verfügbaren Online-Archiv der Ostsee-Zeitung auch Artikel zu finden waren, die nicht in der Stralsunder, sondern in anderen Ausgaben veröffentlicht wurden, zeigt ein Exkurs auf diese (nicht mitgezählten) Beiträge dennoch Aufschlussreiches. So wurde im August 2004 über ein Treffen vom Netzwerk Ostvorpommern, der Staatskanzlei mit dem Ministerpräsidenten Harald Ringstorff, Vertretern der Initiative „Bunt statt Braun“ und der Polizei in Anklam berichtet. Im Januar 2005 kommentierte man den Antrag der NPD auf eine öffentliche Rüge der Sparkasse Ostvorpommern, die ihr ein Fraktionskonto verwehrte, mit dem kritischen Hinweis, „Zwei Stimmen sollten nicht entscheiden“. Zuvor war im Hinblick auf die angestrebte Privatisierung des Wolgaster Krankenhauses von einem offenen Brief der NPD an den dortigen Personalrat zu lesen. Berichtet wurde zudem von Schönberg, das als Gemeinde ein Beratungsangebot über den Umgang mit Rechtsextremismus annahm. Vgl. Ostsee-Zeitung Stralsunder Ausgabe am 05.08.2004, 28.01.2005 und 03.12.2005.

sunder Bürgerschaft einbringen konnte, wurde den Lesern und Leserinnen nicht berichtet.

Die übrigen 35 der vergleichsweise wenigen 61 auf die NPD in der Region bezogenen Beiträge beschäftigten sich mit Themen außerhalb der Bürgerschaft. Sie befanden sich in gleichen Teilen in Mantel- wie in den Lokalressorts. Auffällig waren hier vor allem die ausführlichen Reportagen über den Rechtsextremismus in der Stadt sowie über Gegeninitiativen in Mecklenburg-Vorpommern (mit mehrfacher Nennung entsprechender Kontaktadressen).

### 4.3 Strategien der Berichterstattung über die NPD

Welche Strategien der Berichterstattung<sup>61</sup> über die NPD in den kommunalen Parlamenten werden aus den skizzierten Befunden erkennbar? Bei der vergleichenden Beantwortung muss beachtet werden, dass sich nicht nur die Verbreitungsgebiete beider Zeitungen, sondern auch die Verfasstheit der Kommunalparlamente und die Aktivität der NPD stark unterscheiden.

Der Anklamer Nordkurier ist mit einer vergleichsweise aktiven NPD in Ostvorpommern und Anklam konfrontiert, woraus sich die Notwendigkeit einer stärkeren Selektion unter den zu veröffentlichten Informationen über die Anträge und Redebeiträge der NPD ergibt. Dabei ist die Zeitung offensichtlich bestrebt, der rechtsextremen Partei möglichst wenig Raum zu überlassen und nicht an zentraler Stelle über sie zu berichten. Zudem verwendet sie um Neutralität bemühte, sachliche Formulierungen. Artikel über die NPD in Kreistag und Stadtvertretung befinden sich dabei auf den Lokalseiten; nur in Ausnahmefällen erscheinen sie auf der ersten Lokalseite. Informiert wird über „erfolgreich“ bewältigte und eindeutig verortbare Konflikte in beiden kommunalen Parlamenten – brisante Sachverhalte, wie im Beispiel des angenommenen NPD-Antrags zum Kreisstadt-Status, werden dagegen weit hinten in den Lokalseiten platziert. Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der NPD wird vermieden. Weder auf Anträge, Redebeiträge und das Verhalten der NPD-Abgeordneten wird ausführlicher eingegangen, noch werden Fakten und Argumente dazu oder gar erkennbar anti-demokratische Originalzitate der NPD-Abgeordneten abgedruckt. Insgesamt besteht die Strategie des Anklamer Nordkurier darin, die Berichterstattung über die rechtsextremen Mandatsträger in beiden Kommunalparlamenten nach Möglichkeit zu begrenzen, die NPD nur sehr zurückhaltend zu thematisieren und stattdessen der Berichterstattung über Themen außerhalb der kommunalen Parla-

<sup>61</sup> Die Formulierung „Strategien der Berichterstattung“ wird an dieser Stelle dem Fachterminus „redaktionelle Linie“ vorgezogen. Vgl. Strohmeier 2004: 135.

mente, allen voran über Veranstaltungen, Demonstrationen und zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Rechtsextremismus, den Vorrang zu geben.<sup>62</sup>

Die Stralsunder Ausgabe der Ostsee-Zeitung hat bedeutend weniger Anlass, über Anträge oder Wortbeiträge der Rechtsextremen in der Bürgerschaft zu berichten. Obgleich die NPD-Abgeordneten fast ausschließlich durch Inaktivität auffallen, berichtet die Ostsee-Zeitung für Stralsund an zentraler Position, meist weit vorn im Mantel der Zeitung. Dabei ist mit der Berichterstattung über die rechtsextreme Partei im Kommunalparlament offenbar nicht die Lokal-, sondern die Hauptredaktion betraut. Im Gegensatz zum Anklamer Nordkurier wird ein kritisch-direkter, offensiver und wertender Sprachstil verwendet. Wenn über Redebeiträge der NPD informiert wird, zitiert die Ostsee-Zeitung diese auch im eindeutigen Wortlaut. Durch eine positionierte Wortwahl und die Verwendung von eindeutig verfassungsfeindlichen Originalzitaten, bspw. über den „Aufbau eines nationalsozialistischen Deutschlands“, verdeutlicht die Ostsee-Zeitung das kommunalpolitische Agieren der Rechtsextremen in der Bürgerschaft stärker als durch eigene Kommentare. Eine inhaltliche Auseinandersetzung, z.B. in Form von (Gegen-)Argumenten, wird allerdings ebenso vermieden wie eine allzu eingehende Thematisierung der NPD. Ausführlich wird hingegen über Protestveranstaltungen berichtet. Außerdem werden Kontaktadressen von Gegeninitiativen usw. abgedruckt und das Phänomen Rechtsextremismus im gesellschaftlichen Kontext zum Thema gemacht. Auch wird das Verhalten aller (der NPD insgesamt geschlossener gegenüberstehenden) Bürgerschaftsabgeordneten sowie das Abstimmungsverhalten im Stralsunder Kommunalparlament stärker beobachtet. Insgesamt verfolgt die Stralsunder Ostsee-Zeitung eine offensivere und konfrontativere Strategie in der Berichterstattung über das Agieren der NPD in der Stralsunder Bürgerschaft.

### 5. DISKUSSION DER ERGEBNISSE

Zur Kontrastierung der hier eruierten Befunde bietet sich zunächst der (nicht mehr ganz aktuelle) Überblick des Forschungsstands bei Butterwegge (Butterwegge 2000) an. So zeigt er in Hinblick auf die Berichterstattung der Massenmedien über Rechtsextremismus verschiedene Ergebnisse auf und konstatiert eine „gezielte Negativ-Berichterstattung“, mit der Medienmacher dem Rechtsextremismus „das Wasser abzugraben“ versuchen, eine weitreichende Ignoranz gegenüber der „Parlamentstätigkeit rechtsextremer Abgeordneter“ und „Dominanz

---

<sup>62</sup> Diese Einschätzung deckt sich im Übrigen mit den Positionen des Leiters und des Chefredakteur der Lokalredaktion des Nordkuriers in Anklam. In einem Interview in der Berliner Zeitung vom 22. September 2006 sprachen sich beide für eine Auseinandersetzung mit der NPD aus, aber ohne den Rechten eine „Plattform“ zu bieten: „In unserer Zeitung ist kein Platz für Propaganda.“ Zitiert nach: Mielke 2006: 34.



der Gewaltberichterstattung“, wodurch Rechtsextremismus „mehr als kriminelles Handeln und weniger als (gesellschafts)politisches Problem“ erscheint. Daneben hält er fest, dass die „Parlamentstätigkeit rechtsextremer Abgeordneter“ selten beachtet wurden, und dass „ihre Reden, Anfragen und Anträge“ ebenso wie ihre Agitationstechniken und Argumentationsmuster „so gut wie nie Beachtung fanden“. Auch spricht Butterwegge von einer „eher stiefmütterlichen Behandlung“ der Gegenbewegung und einer Reduktion von organisiertem Rechtsextremismus auf Wahlerfolge, „unerwartete Stimmeneinbußen“ und „brutale Gewaltakte“.<sup>63</sup>

Diese Befunde decken sich nur teilweise mit denen der vorliegenden Studie. In beiden hier analysierten Regionalzeitungen wurden Themen außerhalb der (Kommunal-)Parlamente im Zusammenhang mit der NPD – allen voran Gegeninitiativen und Proteste – ausführlich und oft publiziert. Es kann zudem nicht behauptet werden, dass Reden und Anträge der verfassungsfeindlichen Mandatsträger überhaupt nicht beachtet wurden. Eine Verkürzung des organisierten Rechtsextremismus auf Gewalt, Skandale oder Kriminalität fand ebenfalls nicht statt. Wie anhand der aufgezeigten Themenkomplexe deutlich wurde, berichteten Stralsunder Ostsee-Zeitung und Anklamer Nordkurier über die NPD durchaus in einem größeren gesellschaftspolitischen, keineswegs nur kriminellen Kontext. Dagegen wurde in beiden Tageszeitungen das eigentliche kommunalpolitische Agieren und die Argumentationsmuster der Rechtsextremen nur bedingt dargestellt. Insbesondere beim Nordkurier vermied man eine explizite Thematisierung der NPD, so z.B. durch die Darstellung von verortbaren Originalzitaten oder erkennbar rechtsextremen Zielen.

Im Einzelnen lassen sich als wichtigste Ergebnisse der vorangegangenen Abschnitte folgende Punkte zusammenfassen:

- Die Berichterstattung beider untersuchter Regionalzeitungen über die rechtsextreme Partei insgesamt wie auch über deren Abgeordnete in den drei kommunalen Parlamenten unterscheidet sich. Es besteht demnach durchaus ein von Redaktionen wahrzunehmender Handlungsspielraum in der Berichterstattung über die NPD.
- Im journalistischen Umgang mit der NPD in den Kommunalparlamenten verfolgt die Ostsee-Zeitung eine offensivere Strategie; sie wählte wertende Formulierungen, positioniert Artikel an zentraler Stelle und druckte eindeutige Originalzitate. Der Nordkurier war indessen bestrebt, zurückhal-

<sup>63</sup> Vgl. das Kapitel „Medienberichterstattung über den Rechtsextremismus als Gefahrenquelle und als Chance für die politische Kultur“ von Christoph Butterwegge. Zu folgenden Zitaten vgl. Butterwegge 2000: 303-308.

tend zu berichten. Er verwendete insgesamt weniger aussagekräftige Zitate der Rechtsextremisten und positionierte die Artikel sehr weit hinten in der Zeitung.

- In erkennbar größerem Maße als in der Stralsunder Ausgabe der Ostsee-Zeitung zeigten sich bei der Anklamer Ausgabe des Nordkurier Lücken in der Berichterstattung über die NPD in den kommunalen Parlamenten. Ziele, Werte und Argumentationsmuster der vergleichsweise aktiven NPD blieben unklar.
- Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Anträgen und Wortmeldungen der rechtsextremen Partei in den drei untersuchten Kommunalparlamenten, z.B. in Form von Kommentaren oder Fakteninformation, wurde von beiden Tageszeitungen vermieden.
- Weit mehr noch als in der Ostsee-Zeitung lag der Schwerpunkt der Berichterstattung des Nordkurier über die NPD in der Region bei Themen außerhalb der kommunalen Parlamente, wie z.B. Demonstrationen oder Initiativen gegen Rechtsextremismus.

Wie lassen sich diese Befunde bewerten? Nicht unwesentlich – vor allem mit Blick auf die Berichterstattung über die NPD (und weitere rechtsextreme Parteien) in anderen Kommunalparlamenten in und außerhalb Mecklenburg-Vorpommerns – ist das Ergebnis, dass es überhaupt Differenzen gibt. In der Gegenüberstellung von beiden analysierten Blättern zeigen sich verschiedene journalistische und publizistische Handlungsoptionen.<sup>64</sup> Im Sinne einer pluralistischen Meinungsbildung der Bevölkerung, einer breit informierten Öffentlichkeit und demokratischen Kontrollfunktion durch Medien ist es prinzipiell erfreulich, dass Alternativen und Entscheidungsoptionen im Bereich des regionalen und lokalen Journalismus bestehen.

Zu bedenken ist aber auch, dass gerade in Mecklenburg-Vorpommern Regionalzeitungen eine Quasi-Monopolstellung in den entsprechenden Verbreitungsgebieten haben – die jeweilige Zeitung bleibt einzige „Brücke“ zwischen (Kommunal-)Politik und Öffentlichkeit, was einer „durch die Printmedien getra-

---

<sup>64</sup> Als *feste* Faktoren der Berichterstattung sind das Profil und der Aufbau, die inhaltliche und (über-)regionale Ausrichtung sowie die personelle und ökonomische Infrastruktur der Tageszeitung, die Arbeitsaufteilung zwischen Haupt- und Lokalredaktion und die Relevanz der Kommunalpolitik insgesamt zu nennen. Daneben lassen sich einige *variable* Faktoren aufzählen: die Positionierung der Beiträge innerhalb der Zeitung, die Verwendung von mehr oder weniger eindeutigen und verortbaren Originalzitate, die Darstellung der NPD in bestimmten inhaltlichen Kontexten, der Grad und die Art der Bewertung und Kommentierung, die Wahl von Überschriften und Formulierungen, die Auswahl von Anträgen und Wortmeldungen der NPD, sowie die Art und Form der Berichterstattung über das Geschehen in der Kommunalpolitik.

genen politischen Streitkultur eher entgegen[steht]“<sup>65</sup>. Legt man zudem strenge Kriterien der Informationsvermittlung wie Zeitnähe, Regelmäßigkeit, allgemeine Zugänglichkeit und inhaltliche Vielfalt zugrunde, so bestehen in Internetangeboten, (Regional-)Fernsehen und Radio keine adäquaten Alternativen zur regional erscheinenden Tageszeitung.<sup>66</sup> In der Konsequenz verstärkt dies die ohnehin zentrale Mittler- und Informationsrolle der Tageszeitungen im Nordosten der Republik. Denn das dargestellte Bild von der NPD in den Kommunalparlamenten wie auch von der rechtsextremen Partei insgesamt beruht stark auf Entscheidungen der Tageszeitungen vor Ort – der Rezipient ist abhängig von eben diesen Entscheidungen der Journalisten und Redakteure.<sup>67</sup>

So divergent die journalistischen Strategien von Ostsee-Zeitung und Nordkurier gegenüber den Rechtsextremen in den drei Kommunalparlamenten ausfielen, so sehr unterscheiden sich auch noch einmal die Situationen des Rechtsextremismus vor Ort. In der Region Ostvorpommern – dünn besiedelt, ländlich geprägt und sehr wirtschaftschwach –, besteht eine „enge Verzahnung“ von NPD und Kameradschaften, wobei rechtsextreme „Kulturkreise“, Bündnisse und Kameradschaften die rechtsextreme Szene stark dominieren und die NPD in Kreistag und Stadtverwaltung von Anklam vergleichsweise aktiv ist.<sup>68</sup> Dagegen arbeiten in der 59.000-Einwohner-Stadt Stralsund, das ebenfalls unter Abwanderung und hoher Arbeitslosigkeit leidet, Kameradschaften und NPD ohne Dominanz der „freien Kräfte“ zusammen, während die NPD-Abgeordneten in der Bürgerschaft in den 20 Monaten des Untersuchungszeitraums nur durch Inaktivität auffielen.<sup>69</sup> Insgesamt ist der NPD in den kommunalen Parlamenten Anklaams und Ostvorpommerns von Seiten des Anklamer Nordkurier sicher schwieriger zu begegnen als in Stralsund, wo ein offensiver journalistischer Umgang mit einer passiven NPD leichter erscheint.

Die Frage nach der ‚besten‘ journalistischen Strategie soll und kann hier nicht umfassend beantwortet werden. Allerdings birgt ein zurückhaltender printmedialer Umgang und eine Berichterstattung fast ausschließlich in den hin-

<sup>65</sup> Werz 2006: 61.

<sup>66</sup> Publizität, Aktualität, Periodizität und Universalität gelten als spezifische Charakteristika des Mediums Zeitung. Wenn hier andere Medien an diesen Kriterien gemessen werden, dann nur, um Eigenheiten der Zeitung zu verdeutlichen und Vergleichsmaßstäbe darzustellen. Vgl. Schaffrath 2000: 433.

<sup>67</sup> Verwiesen sei hier auf drei medienwissenschaftliche Theorien, die in diesem Zusammenhang von Bedeutung sind. So fungieren Journalisten der klassischen These von David M. White nach als „Gate Keeper“ bei der Selektion und Darstellung von Nachrichten. Vgl. White 1950: 383-390. Daneben stellen Medien durch die Attributierung bestimmter Merkmale und die Betonung einzelner Aspekte eines Themas oder Problems den Referenzrahmen der Rezeption und Interpretation von Informationen beim Rezipienten (das sog. „Framing“). Vgl. Jarren/Donges 2002a: 71. Darüber hinaus erbringen Massenmedien eine Thematisierungs-, Themenbewertungs- und Themenstrukturierungsleistung für ihr Publikum, weswegen bestimmte Themen in der Gesellschaft als besonders wichtig angesehen werden („Agenda Setting“). Vgl. Strohmeier 2004: 199-204.

<sup>68</sup> Vgl. Beier u.a. 2006: 44-46.

<sup>69</sup> Vgl. ebd. 2006: 120.

teren Seiten der Lokalteile manche Nachteile. So ist angesichts des großen rechten Einstellungspotentials in Mecklenburg-Vorpommern insgesamt<sup>70</sup>, sehr hohen Wahlergebnissen für die NPD insbesondere in Ostvorpommern<sup>71</sup> und einer starken Verankerung der rechten Szene im Osten des Bundeslandes eine zu reser-vierte Darstellung und Thematisierung der Partei sicher nicht förderlich für ein adäquates öffentliches Problembewusstsein in der Region. Zudem hat eine Be-richterstattung über die NPD vor Ort lediglich auf den lokalen Seiten einer Zei-tung auch zur Folge, dass Informationen über das kommunalpolitische Agieren der NPD nur den Lesern in einem begrenzten Verbreitungsgebiet der Zeitung zugänglich sind und so ein kleinteiliges Bild entsteht.<sup>72</sup> Die Leser anderer Ausga-ben, z.B. im an Ostvorpommern angrenzenden Landkreis Uecker-Randow, in dem Rechtsextremismus kein geringeres Problem darstellt – die NPD aber nicht im Kreistag vertreten ist<sup>73</sup> – haben dadurch wenig Möglichkeit über Auseinan-dersetzungen mit der NPD zu erfahren.

Eng verbunden mit dem Umgang und der Strategie gegenüber den rechts-extremen Abgeordneten ist die Frage nach dem publizierten Gesamtbild der NPD in der Kommunalpolitik. Natürlich musste der Nordkurier in der Ausgabe für Anklam und Ostvorpommern unter den zu publizierenden Inhalten über die NPD-Mandatsträger auswählen und Schwerpunkte setzen. Das vermittelte Bild blieb aber nicht allein aus diesem Grund lückenhaft, sondern auch wegen der Auswahlmethode.<sup>74</sup> Denn in den veröffentlichten Anträgen, Stellungnahmen und Originalzitatzen konnte über die generelle Systemfeindlichkeit – immer wie-der gepaart mit Untergangsszenarien und „völkischer“ Propaganda – nur wenig gefunden werden. Abgesehen von der Polemik und fehlenden Ernsthaftigkeit mancher Wortbeiträge sind dem Leser dadurch ebenso Informationen darüber

---

<sup>70</sup> Ein rechtsextremistisches Einstellungspotenzial von 30 Prozent der Bevölkerung wurde in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2003 gemessen, dies war der bundesweit höchste Wert. Vgl. Stöss 2005: 67.

<sup>71</sup> Dies gilt nicht nur für die eingangs erwähnten Gemeinden Postlow und Bargischow, sondern für eine erheblich größere Zahl von Wahlkreisen in Ostvorpommern in den letzten Jahren. Vgl.: java-sript:ViewWahlen('vorläufiges Ergebnis ohne Briefwahl in am angehörigen Gemeinden', 'Gemeinde', 'Landtagswahl', 'vor', '2006'); am 22.09.2006.

<sup>72</sup> Diese Problematik besteht in vielerlei Hinsicht. Rekurrierend auf den Exkurs in Kapitel 4.2 stellt sich bei einer latenten Gefahr durch Rechtsextremismus die Frage, warum bspw. Informationen über angenom-mene Beratungsangebote für Gemeinden in Bezug auf Rechtsextremismus nur im Lokalteil der Zeitung zu finden sein sollten. Vgl. Fußnote 59.

<sup>73</sup> Der Landkreis Uecker-Randow gilt neben Ostvorpommern als „Modellregion“ der rechtsextremen Szene. Vgl. Mobiles Beratungsteam Mecklenburg-Vorpommern 2006: 13. Am 23.10.2006 unter: [http://www.mbt-mv.de/veroeffentlichungen/lagebilder\\_re\\_fr\\_2006.pdf](http://www.mbt-mv.de/veroeffentlichungen/lagebilder_re_fr_2006.pdf). In diesem Landkreis erscheint nur eine loka-le Tageszeitung, der Nordkurier.

<sup>74</sup> Die sechs dargestellten Themen in Bezug auf die NPD in Kreistag und Stadtrat waren: der Austritt aus der Deutsch-Polnischen Gesellschaft und der Kommunalgemeinschaft Pomerania, die Gründung einer Friedensschule, der „Rechtsstreit“ um ein Fraktionskonto bei der Sparkasse, die Herabsetzung der Mindestfraktionsstärke, der angenommene Antrag zum Kreisstadt-Status. Daneben erschienen Artikel zum verhinderten NPD-Sitz im Hauptausschuss und über den kommunalparlamentarischen Umgang mit der rechtsextremen Partei.

entgangen, wie die NPD argumentiert und welche Werte, Strategien und Ziele damit verbunden sind.<sup>75</sup> Auf diese Weise wurden die Motive, Argumentationsmuster und Taktiken der NPD in den Kommunalparlamenten nur angedeutet. Das Gesamtbild in der Ostsee-Zeitung stellte sich anders dar, obgleich auch hier manche Informationen fehlten. Während viel über das Abstimmungsverhalten der NPD in Stralsund und über den Umgang der restlichen Abgeordneten der streitbaren Bürgerschaft gegenüber der verfassungsfeindlichen Partei und darüber hinaus aufschlussreiche Originalzitate zu lesen waren, wurde die faktische Arbeit – also die Passivität, das Desinteresse und die mangelnde Sachkenntnis der beiden rechtsextremen Mandatsträger – nie explizit herausgestellt.

Zumindest zwei Probleme sind mit der printmedialen Darstellung der NPD im nordöstlichsten Bundesland verbunden. Einerseits erhält die Öffentlichkeit in Form der Leserschaft keinen umfassenden Eindruck von der NPD in der Region – insbesondere nicht von ihrer Strategie und Motivation. Andererseits versucht die Partei ihrerseits diese Informationslücke durch eigene Medien zu schließen.<sup>76</sup> Ohne das Medium Internet in seiner Bedeutung für die NPD und den organisierten Rechtsextremismus überbewerten zu wollen,<sup>77</sup> besteht die Gefahr, dass die Partei nicht veröffentlichte Informationen als Chance nutzt, auf einschlägigen Internet-Seiten ihr kommunalparlamentarisches Handeln massiv umzudeuten.

Nicht zu trennen von dem kommunizierten Gesamtbild der NPD ist die Frage nach dem Grad der inhaltlichen Auseinandersetzung. Beide analysierten Tageszeitungen vermieden nach Möglichkeit ein thematisches Eingehen auf Anträge und Wortmeldungen der NPD in den betrachteten Kommunalparlamenten in Form von Kommentaren, Fakten oder Argumenten.<sup>78</sup> Zunächst spricht zwar auch einiges gegen eine zu intensive printmediale Berichterstattung und inhaltliche Auseinandersetzung. Gerade in einer Region mit starker Verankerung und

<sup>75</sup> Drei Beispiele zur Illustration der Argumentation und Strategie der NPD: gegen die Einrichtung einer Friedensschule setzte sich die NPD nach dem Motto „Kinderbibliothek statt Anti-Wehrmachtzentrum“ ein, wollte sich als respektable, menschenfreundliche und präzente Partei des „gemeinen Mannes“ durch den Einsatz für den Polderschutz als Schutz des Kulturlandes darstellen und argumentierte gegen die Privatisierung des Kreiskrankenhauses mit der Begründung, ein Zusammenbruch des Gesundheitssystems in der Region stehe dann bevor.

<sup>76</sup> Beispielhaft sei verwiesen auf den Kreistag Ludwigslust, wo Vertreter der NPD ihr Verhalten nicht an kommunalpolitischen Belangen und Problemstellungen, sondern vielmehr an einer außerparlamentarischen Nutzbarmachung und Öffentlichkeitsarbeit orientierten. Vgl. Beier u.a. 2006: 101.

<sup>77</sup> Vgl. Staud 2006: 15. Gegen eine Unterbewertung sprechen hingegen die sehr hohen Besuchszahlen entsprechender Internet-Plattformen, wie z.B. des wichtigen, von Stralsund aus betriebenen „Störtebeker-Netzes“ mit mindestens 15.000 Zugriffen pro Tag und bis zu vier Millionen Zugriffen pro Jahr. Zitiert nach Frankfurter Rundschau am 11.12.2003, in Beier u.a. 2006: 121.

<sup>78</sup> So wurde der geforderte Austritt Ostvorpommerns aus der Kommunalgemeinschaft Pomerania als „absurd“ bezeichnet – ohne für die Leserschaft darzustellen, warum ein Austritt absurd und eine Mitgliedschaft sinnvoll oder geboten ist. Ähnlich wurden Argumente in der Diskussion um die Finanzierung der Friedensschule oder im „Rechtsstreit“ um ein Fraktionskonto dem Leser nicht angeboten.

Vernetzung des Rechtsextremismus besteht die Gefahr, der NPD eine Propaganda-Plattform zur Selbstdarstellung, ein größeres öffentliches Forum ihrer Positionen und damit eine gesteigerte Aufmerksamkeit und potentielle gesellschaftliche Aufwertung zu bieten. Die Fragen der medialen Darstellung tangieren zudem immer das journalistische Selbstverständnis sowie auch das Problem einer verhältnismäßigen Berichterstattung bezüglich anderer Parteien und Wählerverbindungen in den kommunalen Parlamenten.<sup>79</sup> Etliche Argumente sprechen dennoch für eine veränderte journalistische und publizistische Auseinandersetzung mit den Rechtsextremen in der Kommunalpolitik. Das vielleicht gewichtigste Argument für eine inhaltlich verstärkte Auseinandersetzung in den regionalen Printmedien ist die lückenhafte und vage Information der Öffentlichkeit vor allem in Bezug auf die Strategie, Argumentation und Intention der NPD. Ohne Informationen dazu sind eine adäquate gesellschaftliche Problemwahrnehmung und Diskussion des Phänomens Rechtsextremismus in seinen diversen Facetten im Sinne einer pluralistischen Streitkultur nicht möglich. Darüber hinaus besteht bei einer fehlenden Darstellung der Einstellungen und Positionen der verfassungsfeindlichen Partei in den Kommunalparlamenten die Gefahr, dass für den Leser unklar bleibt, was genau an der NPD „rechtsextrem“ und ablehnenswert ist. So bedeutet ein Eingehen, z.B. in Form von Kommentaren zur Kommunalpolitik oder der Nennung von Argumenten und Fakten, oder eine Darstellung von (bestimmten) Informationen über die NPD in den Kommunalparlamenten nicht zwangsläufig eine Aufwertung rechter Positionen oder gar eine Propagandierung rechtsextremistischer Ziele und Werte. Entscheidend bleibt, auf welche Art und Weise über die NPD berichtet wird. Wie aufgezeigt, existiert ein journalistisches und publizistisches Instrumentarium, das verschiedene, qualitative Optionen der Medienberichterstattung auch für den Bereich der Kommunalpolitik enthält.

Die mit einer Nicht-Darstellung und Tabuisierung verbundenen Gefahren betreffen zentrale Bereiche der Demokratie, und zwar gerade im Nordosten Mecklenburg-Vorpommerns. Ohne eine Berichterstattung, die Argumente, Fakten, Ziele und Werte klar benennt und so Rechtsextremismus konkret und erkennbar macht, ist eine kritische, informierte Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus kaum möglich.<sup>80</sup> Mehr noch, mit Informationen über die Rechtsextremisten in den Kommunalparlamenten lassen sich die antipluralistischen und menschenverachtenden Wertebilder und Begründungszusammen-

---

<sup>79</sup> Die Diskussion um die Verantwortlichkeit, Erziehungsfunktion und Legitimation des Journalismus wird seit Jahrzehnten geführt, ein Ende ist nicht absehbar. Vgl. Donsbach 1979: S. 35-47.

<sup>80</sup> So wird auch an anderer Stelle gefordert, dass sich Medienmacher mit Rechtsextremismus auseinandersetzen und eine „systematische Aufklärung über seine Wurzeln, Methoden und Zielsetzungen“ betreiben sollten. Zitiert nach Koch, in Butterwegge 2000: 308.

hänge der Partei delegitimieren und durch Konkretisierung entmystifizieren. Resümierend ist festzuhalten, dass in Bezug auf die Veränderungen in der (print-medialen) Berichterstattung über die rechtsextremistische Partei und deren Implikationen auf die öffentliche Meinung noch zahlreiche Forschungsdesiderate bestehen.

### LITERATUR- UND QUELLENVERZEICHNIS

#### Literatur

- Beier, Katharina u.a., 2006: Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns. Greifswald, Steinbecker Verlag Ulrich Rose.
- Bundesministerium des Innern, 2000: Verfassungsschutzbericht 2000.
- Butterwegge, Christoph, 2000: Ambivalenzen der politischen Kultur, intermediäre Institutionen und Rechtsextremismus. In: Schubarth, Wilfried / Stöss, Richard (Hg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Bundeszentrale für politische Bildung, S. 292-313.
- Donsbach, Wolfgang, 1979: Aus eigenem Recht. Legitimationsbewusstsein und Legitimationsgründe von Journalisten. In: Kepplinger, Hans Mathias (Hg.): Angepasste Außenseiter. Was Journalisten denken und wie sie arbeiten. Freiburg / München, Alber, S. 29-48.
- Faulstich, Werner, 2000: Zeitung. In Faulstich, Werner (Hg.): Grundwissen Medien. München, Wilhelm Fink. S. 433-451.
- Fischer, Benjamin, 2006: Ueckermünde – Ein Refugium des Rechtsextremismus? Greifswald, Demokratiepölitik, Heft 2.
- Jarren, Otfried / Donges, Patrick, 2002a: Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung. Band 1. Wiesbaden, Westdeutscher Verlag.
- Jarren, Otfried / Donges, Patrick, 2002b: Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung. Band 2. Wiesbaden, Westdeutscher Verlag.
- Mayring, Philipp, 2003: Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Weinheim / Basel, Beltz.
- Mielke, Ralf, 2006: Das sind keine Gesprächspartner. Wie Lokalzeitungen in Mecklenburg-Vorpommern seit Jahren mit der NPD umgehen. In: Berliner Zeitung vom 22.09.2006, S. 34.
- Mobiles Beratungsteam für demokratische Kultur Mecklenburg-Vorpommern, 2006: Lagebilder Rechtsextremismus Frühjahr 2006.
- Nohlen, Dieter, 2001: Wahlsysteme. In: Nohlen, Dieter (Hg.): Kleines Lexikon der Politik. München, C.H. Beck, S. 564-570.
- Rudzio, Wolfgang, 2003: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. Opladen, Leske + Budrich.
- Schaffrath, Michael, 2000: Zeitung. In: Faulstich, Werner (Hg.): Grundwissen Medien. München, Wilhelm Fink, S. 433-451.
- Schneider, Wolf / Raue, Paul-Josef, 2003: Das neue Handbuch des Journalismus. Reinbek, Rowohlt.



- Staud, Toralf, 2006: PodCast als Volksempfänger. „E-Post“ von „Heimatseiten“: Rechtsextremisten nutzen neue Medien für ihre Propaganda. In: Süddeutsche Zeitung, vom 05.10.2006, S. 15.
- Stöss, Richard, 2005: Rechtsextremismus im Wandel. Berlin, Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Strohmeier, Gerd, 2004: Politik und Massenmedien. Eine Einführung. Baden-Baden, Nomos.
- Werz, Nikolaus, 2006: Demokratie und Verfassung seit 1989. In: Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern (Hg.): Politische Landeskunde Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin, S. 51-66.
- White, David M., 1950: The „Gate Keeper“. A Case Study in the Selection of News. In: Journalism Quarterly, 27. Jahrgang, S. 383-390.

### Internetquellen

- Der Nordkurier: [www.nordkurier.de](http://www.nordkurier.de).
- Die Ostsee-Zeitung: [www.ostsee-zeitung.de](http://www.ostsee-zeitung.de).
- Das Landesamt für Statistik Mecklenburg-Vorpommern: [www.statistik-mv.de](http://www.statistik-mv.de).
- Die Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V.: [www.ivw.de](http://www.ivw.de).

### ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AP	Associated Press
AFP	Agence France-Press
CDU	Christlich-Demokratische Union
ddp	Deutscher Depeschen Dienst
dpa	Deutsche Presse Agentur
epd	Evangelischer Presse Dienst
DVU	Deutsche Volksunion
M-V	Mecklenburg-Vorpommern
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands



**AUTOR**

- geb. 1980 in Halle an der Saale
- von 2001 bis 2007 Studium der Politikwissenschaft, Neueren und Neuesten Geschichte und Kommunikationswissenschaft an der Universität Greifswald
- 2004 Studium in Finnland an der Åbo Akademi und der University of Turku

- HEFT 1** „EXEKUTIVE FÜHRERSCHAFT“ IN DER GEMEINDE?  
DIE STADTVERTRETUNG WOLGAST ZWISCHEN GLEICHGÜLTIGER GEFOLG-  
SCHAFT UND WOHL ÜBERLEGTEM FOLGEN  
(THOMAS MÜLLER, 2006)  
**ISBN 3-86006-259-X**
- HEFT 2** UECKERMÜNDE – EIN REFUGIUM DES RECHTSEXTREMISMUS?  
(BENJAMIN FISCHER, 2006)  
**ISBN 3-86006-264-6**
- HEFT 3** DIE BERICHTERSTATTUNG ÜBER DIE NPD IN KOMMUNALPARLAMENTEN  
(BENJAMIN BARKOW, 2007)  
**ISBN 3-86006-283-2**



